

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Estland 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelheftpreise: Die einseitige Anzeigenliste 0,70 Goldmark, Anzeigenliste 1.- Goldmark, kleine Anzeigen des festgelegten Wertes 0,30 Goldmark (zwei bis drei Zeilen), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenanzeigen des ersten Wortes 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 12 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten keine 0,20 Goldmark, eine Goldmark - ein Blatt gelte nach 4,50.

Anzeigen für die 24 Stunden müssen bis 1/4 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 1 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 4. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollredaktion: Berlin SW 68 - Druckerei: Druckerei der Diktando-Gesellschaft, Depotstraße 1

Hochwasserkatastrophe im Westen.

Uberschwemmungsgebiet: Rhein, Main, Mosel, Neckar, Saar.

Westdeutschland ist von einer Hochwasserkatastrophe bedroht, die die Überschwemmung Süd- und Mitteldeutschlands in der ersten Hälfte des September noch zu übertreffen scheint. Bis Redaktionsschluss lagen folgende Mitteilungen vor:

Aöln, 3. November. (WfB.) Das Hochwasser ist weiter im Steigen begriffen. In Bonn stieg der Wasserstand seit Vormittag um 50 Zentimeter; weiteres Steigen ist angezogen. In Königswinter liegen die Gleise der Bahn nach Bonn unter Wasser. In Remagen ist die Schiffsverft völlig überschwemmt. In Neuwied drang das Wasser in die Häuser ein, der Marktplatz ist von Wasser umspült. In Koblenz trat die Wasserwehr in Tätigkeit. Pontons wurden an die gefährdeten Stellen gefahren. Die Verwüstungen sind groß. Bei Zellingen mußte die Kleinbahn den Verkehr einstellen.

Aöln, 3. November. (WfB.) Wie das Hafennamts mitteilt, ist das Hochwasser nach wie vor im Steigen. Die Steigerung beträgt weiter 5 Zentimeter pro Stunde. Die Wasserwehr ist nach wie vor in Tätigkeit. Das gleiche wird von Koblenz, Trier, Mainz und Mannheim berichtet. In Bonn sind alle Uferstraßen überschwemmt.

Trier zum Teil geräumt!

Koblenz, 3. November. (WfB.) Die bisherigen Feststellungen lassen erkennen, daß die Überschwemmungskatastrophe der größten gleichkommt, die sich in den letzten 100 Jahren ereignet hat. Einige Stadtviertel von Trier sind infolge der Wasserflut von den Einwohnern größtenteils geräumt. Seit Samstag ist der Verkehr auf der Privat-Moseltalbahn, zwischen Trier und Bullay, vollständig eingestellt. In den besonders niedrig gelegenen Ortschaften haben die Fluten kleinere Häuser vollständig ausgepült. Kleine Gebirgsbäche haben sich in reißende, 100 Meter breite Flüsse verwandelt. Der hohe Wasserstand der Lieser unterbindet den Eisenbahnverkehr Wengeroth-Berncastel. Dehleres ist kaum zu erreichen, da alle Straßen, bis in die Nähe von Koblenz, überschwemmt sind.

Der größte Teil der Häuser an der Alf-Mündung steht bis zu den ersten Stockwerken unter Wasser. Der Kirchhof an dieser Stelle ist in den Wellen verschwunden. Auch in Cochem ist der Verkehr nur mit Rähnen möglich. Alle Uferdörfer zeigen dasselbe Bild. Wo die Einwohner durch das Hochwasser übertrasselt wurden, versuchen sie mit Booten in die Wohnräume zu gelangen, um ihre Habe zu bergen. Stellenweise sind die Weinhänge überschwemmt. Die groß angelegte, seit einigen Monaten im Bau befindliche Grube bei Carden ist ernstlich gefährdet.

Neuerdings rechnet man auch mit einer Sperrung der Eisenbahnstrecke Trier-Koblenz, da die Betriebsfähigkeit schon stark beeinträchtigt ist. Bei Burgen scheint der Bahndamm bereits durchlässig zu sein. Das Alarmwesen hat nach übereinstimmenden Nachrichten gut funktioniert. Zurzeit ist noch nicht festzustellen, ob Menschen umgekommen sind. Die im Wasser schwimmenden Tierkadaver lassen auf beträchtliche Tierverluste schließen. Mit dem heutigen Tage dürfte das Schlimmste überstanden sein. Wenn auch Warntelegramme aus den Vögeln besagen, daß mit einem weiteren Steigen des Strombettes bis zu zwei Metern gerechnet werden müsse, so wird andererseits gemeldet, daß die Regengüsse in dem fraglichen Gebiet nachgelassen haben.

Frankfurt a. M., 3. November. (WfB.) Nach hier vorliegenden Nachrichten über das Hochwasser sind im Gebiet der Kinzig, besonders im Kreise Gelnhausen, erhebliche Verkehrsstörungen zu verzeichnen. Einige Orte des Kreises Gelnhausen sind vollständig vom Bahnverkehr abgeschnitten. Aus Oberhessen laufen ähnliche Nachrichten ein. Das Wiesener Becken bildet bis gegen Wehlar einen See.

Diez und Limburg bedroht.

Limburg a. d. Lahn, 3. November. (WfB.) Infolge des Hochwassers der Lahn ist fast die gesamte Unterstadt von Limburg in Mitleidenschaft gezogen. In Diez ist das Wasser bis fast zur Höhe des Marktplatzes gestiegen. Sowohl in Limburg wie auch in Diez mußten zahlreiche Häuser geräumt werden. Obwohl das Wasser im Laufe des Tages ein wenig zurückgegangen ist, ist für die Nacht bei wiederkehrendem Regen ein weiteres Steigen zu befürchten. Die freiwilligen Feuerwehren stehen überall alarmbereit; ihre Hilfe wurde auch schon vielfach in Anspruch genommen.

Seit 1782 nicht mehr erlebt.

Aus Saarbrücken wird gemeldet: Das Saargebiet ist von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden, wie sie seit 1782 in solcher Heftigkeit und Ausdehnung nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist. Durch die Regengüsse der letzten Woche hat die Saar und ihre Nebenflüsse die Ufer überschwemmt und in Saarbrücken nicht nur die Häfen und Hafenplätze, sondern auch die Uferstraßen

und die unteren Stockwerke der tiefer gelegenen Häuser unter Wasser gesetzt. Der Pegelstand ist von 8,20 Meter auf 7 Meter gestiegen. Seit Montag früh ist das Wasser um 16 Zentimeter gefallen. Der gewaltige Schaden läßt sich noch nicht annähernd übersehen.

Erdbeben bei Wiesbaden.

Frankfurt a. M., 3. November. (WfB.) Das Hochwasser im Rhein und Main steigt, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, immer noch. Das Mainzer Wasserbauamt meldet aus Ragau ein Steigen des Rheins von 590 gestern auf 660 heute. Für Mainz lauten die Zahlen 205 und 350, für Caub 354 und 518, Kostheim bei Einflus des Rheins 372 und 540.

Mülheim a. Main ist überschwemmt. Aus Darmstadt wird gemeldet, daß der Eisenbahndamm zwischen Wiesbaden und Höchst in einer Strecke von 500 Metern gestern abgerutscht ist. Die Gleise wurden durch die Wassermengen vor und hinter den Tunnel geworfen. Dank der Aufmerksamkeit des Streckenpersonals wurde eine Katastrophe verhindert und der noch in Höchst haltende Personenzug, der die Strecke hätte passieren müssen, abgelenkt. Der gesamte Betrieb zwischen Wiesbaden und Eberbach ist unterbrochen und auch durch Umsteigen nicht aufrechtzuerhalten.

Auch der Wasserstand des Neckars ist dieser Tage außerordentlich gestiegen. Das Neckarvorland war auf weite Strecken überschwemmt. Der Sportplatz an der Sellheide stand sofort unter Wasser. Kocher und Jagst haben dem Neckar große Wassermengen aus Württemberg zugeführt. Bei Driedesheim, wo diese beiden Nebenflüsse in den Neckar einmünden, betrug die Wasserhöhe 5,43 Meter. Wie aus Dieburg gemeldet wird, sind zwischen Mülheim und Babenheim weite Strecken des Landes überschwemmt.

Wschaffenburg, 3. November. (WfB.) Auf der Strecke Wschaffenburg-Obernburg am Main bei Buchtal wurde der Eisenbahndamm von den hochgehenden Fluten des Mains an nicht weniger als sieben Stellen untergraben. An drei Stellen traten schwere Dammbüche ein. Die Wiederherstellungsarbeit erfordert mindestens eine Woche Arbeitszeit. Zwischen Miltenberg und Wertheim am Main bei Faulbach wurde durch einen Dammbuch der Eisenbahnverkehr auf voraussichtlich mehrere Tage unterbrochen.

Hanau, 3. November. (WfB.) Das Hochwasser der Kinzig erstreckt sich auf das weite Becken um Hanau und hat einen großen Teil der Uferbezirke der Stadt unter Wasser gesetzt, da die großen Wassermengen der Kinzig nicht in den ebenfalls hochgehenden Main abfließen können. Zahlreiche Stroßenzüge sind nur noch mit hochrädigen Wagen zu erreichen.

Überschwemmungen im Odenwald.

Darmstadt, 3. November. (WfB.) Infolge der anhaltenden wolkenbruchartigen Niederschläge der letzten Tage führen alle Bäche des Odenwaldes Hochwasser, das stellenweise über die Ufer trat und infolge seines rasenden Laufes einen bedrohlichen Charakter annimmt. So gefährdete die Mündung in der vergangenen Nacht einen Teil der Stadt Erbach (Odenwald), so daß die Feuerwehr alarmiert werden mußte. In Niederramstadt wurde Sonntag nacht die Bevölkerung durch die Sturmgloden zur Hysterie aufgerufen. Die bedrohten Häuser wurden sofort geräumt und das Vieh aus den Stallungen getrieben, da man mit einem weiteren Steigen des Wassers rechnet.

Um die Landtagsauflösung in Sachsen.

Stellungnahme des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand hatte zu Montag, den 3. November, Vertreter der sächsischen Bezirksvorstände und der Mehrheit und der Minderheit der sächsischen Landtagsfraktion zu einer Besprechung nach Berlin berufen. Aus dem sächsischen Landesparteitag in Leipzig war, wie erinnertlich beschlossen worden, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Antrag auf Auflösung des Landtages stellen sollte. Der Beschluß war einstimmig gefaßt worden, weil zuvor in einer Besprechung in Dresden eine Vereinbarung über die Ausschaltung von Streitigkeiten bei der Aufstellung der Landtagskandidaten zustande gekommen war. Ueber die Ausführung dieser Vereinbarung hatten sich aber Meinungsverschiedenheiten ergeben. In der Sitzung zeigte sich, daß die vor dem Leipziger Parteitage getroffenen Vereinbarungen noch nicht durchgeführt sind, weil die Konferenzen der sächsischen Unterbezirke zum Teil noch nicht getagt haben, zum Teil erst für den 16. November einberufen sind. Der Parteivorstand kam nach eingehenden Verhandlungen mit den Vertretern der sächsischen Parteinstanzen zu dem Beschluß, der sächsischen Landtagsfraktion zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung des Landtages erst zu stellen und von anderer Seite gestellten Anträgen auf Auflösung erst zuzustimmen, nachdem die Dresdener Vereinbarungen durchgeführt sind und dadurch die Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen Landtagswahlkampf gegeben ist.

Großkampfstag in Amerika.

Die Neuwahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Heute erlebt Amerika den Tag, der alle vier Jahre — und zwar nach der Verfassung am ersten Dienstag im November — die gesamte Bevölkerung in höchste politische Spannung versetzt. Diese ungeheure Spannung ist nicht allein durch die überragende persönliche Machtstellung zu erklären, die die amerikanische Verfassung ihrem Präsidenten verleiht und deren Ausfluß man besonders im Jahre 1917 zu spüren bekam, als Wilson, ohne einen Kongreßbeschuß zu benötigen, in den Krieg gegen Deutschland zog und im Jahre 1920, als er bei der Frage der Ratifikation des Versailler Vertrages den klaren Willen des Parlamentes monatelang in Schach hielt. Das Interesse der Gesamtbevölkerung an der Präsidentenwahl ist auch darauf zurückzuführen, daß ein parteipolitischer Wechsel im Washingtoner Weißen Haus eine Aenderung fast der gesamten höheren Verwaltung nach sich zieht, der nicht auf die Minister- und Gouverneurposten beschränkt bleibt, sondern der sich sogar in vielen Fällen auf die Boischafterstellen im Auslande erstreckt. Und mögen im Laufe der Zeit die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den beiden alten Hauptpartien, den Republikanern und den Demokraten, im Laufe der Zeit noch so verwischt worden sein, so gibt es bei jeder Neuwahl stets gewisse Parolen, um die zwischen den Anhängern der einen und der anderen Partei mit einer Erbitterung und einer Leidenschaft gekämpft wird, die uns Europäern und besonders uns Sozialdemokraten oft etwas lächerlich vorkommt. Welche Kämpfe sind zum Beispiel vor etwa 25 Jahren um die Frage der Gold- oder Silberwährung geführt worden! Wir Sozialdemokraten wissen, daß beide Parteien durchweg großkapitalistisch denken und handeln; und, wenn die Demokraten für sich in Anspruch nehmen können, daß sie einst weniger hochschuldnerrisch und in sozialer Hinsicht weniger schamacherisch waren als die Republikaner, so ist dieser Unterschied in unseren Augen nur ein sehr relativer, und er genügt uns nicht als Rechtfertigung für das Verhalten des amerikanischen Gewerkschaftsführers Samuel Gompers, der stets die Sache der Demokraten mit einer Hingabe verfolgte hat, als wäre sie die Sache der Arbeiterklasse selber. In Wirklichkeit kam infolgedessen die Arbeiterbewegung zumindest politisch nicht vorwärts, und die sozialistischen Präsidentschaftskandidaten haben niemals eine für die dortigen Verhältnisse nennenswerte Zahl von Stimmen auf sich zu vereinen vermocht; selbst dann nicht, als im Jahre 1920 eine so populäre Figur wie die des damals wegen seiner Kriegsgegnerchaft seit Jahren eingekerkerten Genossen Debs zum Bannerträger der Massenbewegung der Arbeiterklasse gemacht wurde.

Was diesmal jedoch die Spannung der gesamten amerikanischen Wählerschaft ganz besonders steigert und darüber hinaus die Arbeiterbewegung aller Länder gleichfalls auf das höchste zu interessieren geeignet ist, das ist die Tatsache, daß zu den zwei traditionellen bürgerlichen Rivalen noch eine dritte Partei hinzugekommen ist, die zwar nicht — oder noch nicht — eine spezifische Partei der Arbeiterklasse ist, die aber in der Hauptsache von den gewerkschaftlichen und sogar von den politischen Organisationen des amerikanischen Proletariats offiziell unterstützt wird. Gompers' Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung hat seit dem Kriege infolge seiner ausgesprochen kleinbürgerlichen Haltung nachgelassen; während er seit mehreren Monaten schwer krank daniederliegt, sind in den hauptsächlichsten Gewerkschaften neue Männer ans Ruder gekommen, die in ihrer Mehrzahl erkannt haben, daß es ein Narrenspiel ist, wenn Arbeiterorganisationen sich für die demokratische oder gar, wie das vereinzelt vorkommt, für die republikanische Kandidatur erwärmen. Diese Gewerkschaftsführer haben sich mit den Leitern der Organisation der kleinen Landwirte (Farmer) und mit der sozialistischen Partei zusammengetan, und sie haben mit Hilfe unzufriedener Elemente aus den Reihen beider bürgerlichen Parteien, vor allem aber aus den demokratischen Reihen, beschloffen, den Kampf selbständig zu führen. Als Bannerträger bestimmten sie einstimmig den sehr populären Senator vom Staate Wisconsin, La Follette, der zwar selbst über 70 Jahre alt ist, aber mit erstaunlicher Frische die Ideale einer jungen, wirklich fortschrittlichen Partei verkörpert.

Im Zusammenhang mit dem ungeheuren Reichtum, der sich in den Neutralitäts- und Kriegsjahren 1914 bis 1918 jenseits des großen Teiches angeammelt hatte, aber auch im Zusammenhang mit der großen Wirtschaftskrise, die als Kehrtseite der Medaille in den Jahren 1920 bis 1922 das ganze Land erschütterte, sind ungeheure Skandale zum Vorschein gekommen, bei denen die beiden alten Parteien sehr übel mitgenommen wurden. Der letzte, der bekannte merikanische Petroleumskandal, hat eine ganze Reihe von hohen und höchsten Staatsbeamten kompromittiert, ja unmöglich gemacht, und hätte dabei der als persönlich unbestechlich geltende Präsident Coolidge nicht mit eiserner Faust durchgegriffen und führende Parteifreunde rücksichtslos kaltgestellt, dann würde die Republikanische Partei bei den jetzigen Wahlen sehr gefährdet sein. Allerdings sind die Blößen der Republikaner in diesen Korruptionsaffären dadurch ausgeglichen wor-

den, daß führende Demokraten in demselben Petroleumgeschäft stecken wie ihre angeblichen Todfeinde; so hatte Wilsons Schwiegersohn, Mac Ldon, der als demokratischer Präsidentschaftskandidat in Aussicht genommen war, den beiden republikanischen Kabinettsmitgliedern, Marineleutnant Denby und Justizminister Daughery, die Hände gereicht, um große Erdölkonzessionsabmachungen zum Nachteil des Staates durchzuführen und zu decken, bei denen künstlich angezettelte Revolutionen auf mexikanischem Boden eine Rolle spielten und für deren Vertuschung man sogar allzu gern zu einem kleinen Krieg gegen Mexiko vom Zaune gebrochen hätte.

Dieser bodenlose Skandal allein wäre schon Grund genug für die anständigen Leute in Amerika gewesen, eine neue Partei zu bilden, denn die auf Betreiben La Follettes eingesezte Untersuchungskommission des Senats stellte fest, daß beide Parteien von dem bevorzugten Petroleumkonfortium ungeheure Bestechungsgelder erhalten hatten. Das war auch der letzte Anstoß zur Bildung der neuen Fortschrittspartei, die sich aus den oben erwähnten Organisationen bildete und die Zugung aus beiden Lagern erhielt: La Follette selbst ist zwar Republikaner gewesen, aber lebte seit Jahren im Kampfe mit der offiziellen Parteiführerschaft; doch stammt der größere Teil der leitenden Männer der neuen Gruppe aus dem demokratischen Lager, und es wird allgemein angenommen, daß sie für die demokratische Partei eine gefährlichere Konkurrenz bildet als für die republikanische. Insofern sind die Aussichten Coolidges, der von den Republikanern erneut aufgestellt wurde, erheblich besser als die des demokratischen Kandidaten Davis. Die große Frage ist nun die, wie La Follette abschneiden wird. Wird er nur als Begier das Ziel passieren, wird er Davis überholen oder hat er sogar Aussichten, das Rennen gegen Coolidge zu machen?

Besteres wird von der großen amerikanischen Presse, die mit Ausnahme der Hearst-Blätter Front gegen La Follette macht, durchweg verneint. Von demokratischer Seite wurde in den letzten Tagen des Wahlkampfes Stimmung gegen La Follette mit dem Argument zu machen versucht, daß eine Stimmabgabe für die neue Fortschrittspartei doch nur eine aussichtslose Stimmenzersplitterung bedeuten würde, die den Republikanern den Sieg erleichtern würde. Inwieweit dieses Manöver der letzten Stunde noch auf diejenigen Gewerkschaftsmitglieder Eindruck machen konnte, die von altersher daran gewöhnt waren, der Comperschen Parole zu folgen und für die Demokraten zu stimmen, bleibt abzuwarten.

Die Präsidentenwahl vollzieht sich nach einem Verfahren, das ein Mittelstück zwischen Volksabstimmung und indirekter Wahl bildet. Alle Wahlberechtigten können ihre Stimme für eine Partei abgeben; diesjenige Partei, die in einem der Staaten die meisten Stimmen erhalten hat, stellt allein sämtliche Wahlmänner, zu denen der betreffende Staat je nach der Bevölkerungsziffer berechtigt ist. Die Winderheiten werden, und mögen sie noch so stark sein, in den einzelnen Staaten und insoweit auch bei der eigentlichen Präsidentenwahl durch die Wahlmänner nicht berücksichtigt. Das ist natürlich für eine alte, eingespielte Partei von großem Vorteil gegenüber einem erst in den Anfängen der politischen Aktivität begriffenen Parteiapparat. Deshalb ist es durchaus erklärlich, daß die Aussichten Coolidges als die weitaus besten gelten, während man La Follette nur wenig Chancen gibt. Schließlich dürfte der Sieg der Konservativen in England über die Labour Party eine starke moralische Rückwirkung zum Nachteil der Fortschrittspartei gehabt haben, die allgemein und mit Recht als das amerikanische Gegenstück zur englischen Arbeiterpartei gilt.

Aber auch wenn der mühselige Versuch La Follettes und seiner Anhänger, die alten Parteischablonen zu durchbrechen und aus dem politischen Sumpf herauszukommen, in den Amerika durch die Macht der Kartelle und Banken und durch die aktive oder passive Mitschuld der Führer beider bürgerlichen Parteien hineingeraten ist, diesmal noch zu keinem positiven Erfolg führen sollte, wichtig und sogar epochemachend

ist die Tatsache, daß nunmehr auch in Amerika eine große Partei entstanden ist, die die Gesamtheit der Arbeiterschaft und der sonstigen Ausgebeuteten des Großkapitals zu umfassen versucht und daß dieses neue Gebilde in einer Weise auf den Plan tritt, die überall Aufsehen erregt. Mag auch Coolidge diesmal noch mit großer Mehrheit gewählt werden, wie die meisten prophezeien, mag selbst durch ein Wunder Davis das Weiße Haus für die Demokraten zurückerobert — in den hochindustriellen Vereinigten Staaten von Nordamerika gehört die Zukunft der neuen Fortschrittspartei, weil sie die Partei der Arbeiterschaft ist.

**Die amerikanischen Sozialisten und die Präsidentenwahl.**  
In einem Schreiben an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale, in welchem er die Abwesenheit der amerikanischen Delegierten von der letzten Exekutivsession der S.A.I. entschuldigt, gibt Genosse Morris Hillquit, der internationale Sekretär der amerikanischen Sozialistischen Partei, folgende Darstellung der gegenwärtigen Stellung der amerikanischen Sozialisten im Präsidentenwahlkampf:

Wir stehen in einem heißen Wahlkampf für die Wahl des Präsidenten und des Kongresses. Der Wahlkampf ist von außerordentlicher Bedeutung für die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten und wird in hohem Maße für die Zukunft unserer Bewegung bestimmend sein. Zum erstenmal in der politischen Geschichte unseres Landes sind alle Kräfte der organisierten Arbeiterschaft vereint zur Unterstützung eines unabhängigen Präsidentschaftskandidaten. Dazu gehören die American Federation of Labor (Gewerkschaftsbund), die zum erstenmal die Unterstützung der Demokratischen Partei aufgegeben hat, die mächtigen Eisenbahnerverbände, die dem Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen sind, und eine Reihe anderer fortschrittlicher und radikaler Organisationen. Die Sozialistische Partei bildet einen Teil dieses politischen Blocks und einen sehr wichtigen Faktor im Wahlkampf. Und wiewohl die Plattform, auf welcher die Senatoren La Follette und Wheeler ihren Kampf führen, vom sozialistischen Standpunkt sehr viel zu wünschen übrig läßt, hoffen wir, daß durch die tätige Zusammenarbeit der Sozialisten mit organisierten Arbeitern und Farmern in diesem Wahlkampf schließlich eine dauernde politische Einigung zwischen ihnen zustande kommen wird.

Die Wahlen finden am 4. November statt. Anfangs Januar soll eine Konferenz aller Elemente in den Vereinigten Staaten, die La Follette und Wheeler unterstützt haben, abgehalten werden, um über den Vorstoß, eine ständige politische Partei zu bilden, zu entscheiden. Die Entscheidung dieser Konferenz wird in hohem Maße von den Ergebnissen abhängen, die wir in diesem Wahlkampf erzielen, und von dem Grade der politischen Selbstständigkeit, die die Sozialisten den Arbeitern einzubringen imstande sein werden. Es ist klar, daß die amerikanischen Sozialisten vor einer ungeheuren Aufgabe stehen. Und wir hoffen, daß in nicht ferner Zukunft die Massen der organisierten amerikanischen Arbeiter als eine politische wie gewerkschaftlich organisierte Macht den ihnen gebührenden Platz in der Internationale einnehmen werden.

**New York, 3. November. (L.)** Trotz der verschiedensten Vermutungen über den Ausgang der Präsidentschaftswahl herrscht noch allgemeine Unwissenheit über das tatsächliche Ergebnis. Gerade wie vor den englischen Wahlen beansprucht jede Partei den Sieg für sich. Es erweckt den Anschein, als ob Coolidge die besten Aussichten hätte. Doch auch diese Annahme ist anwendbar, da Caspellekes Anhänger bei weitem größer ist, als allgemein vorausgesetzt wird. Wenn sich auch das republikanische Wahlprogramm nicht wesentlich von dem der Demokraten unterscheidet, so ist die demokratische Partei im Laufe der letzten Jahre doch zu unbesetzt geworden, um ihren Kandidaten Davis durchzubringen. Jede Partei hat eine Reihe von Staaten für sich zu sichern gewohnt. Zweifelhaft bleibt die Stellungnahme von mehr als der Hälfte der Staaten. Nicht ohne Einfluß werden die Stimmen der deutsch-amerikanischen Wählerchaft sein, die sich anscheinend noch nicht endgültig entschieden haben. Wie ungewiß die Lage ist, ersehen wir aus den beständig wechselnden Verhältniszahlen der abgethanen Werten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich bei den Wahlen keine absolute Stimmenmehrheit ergeben wird, so daß die endgültige Entscheidung dem Kongreß überlassen bleibt. Da im Kongreß die Stimmen der Republikaner und Demokraten

gleich stark sind, würde auch hier das Endresultat von der Wählerchaft Caspellekes abhängen. Die unklaren Aussichten haben die Spannung der Wählerchaft aufs äußerste gesteigert, insbesondere da jedermann sich auf ganz unvorhergesehene Ueberrassungen vorbereitet hat.

## Folgen des konservativen Wahlsiegs.

Der Genfer Friedenspakt gefährdet.

**Genf, 3. Nov. (Eigener Drahtbericht.)** In Genfer Bänderbundeskreisen wird das englische Wahleresultat viel besprochen. Man ist der Ueberzeugung, daß die in wenigen Tagen aus Ruher kommende konservative Regierung unter Baldwin den Friedenspakt von Genf nicht ratifizieren werde, weil dadurch die Einstellung der britischen Flotte in den Dienst des Völkerverbundes zu befürchten sei. Ratifiziert England nicht, so erledigt sich das Genfer Friedensabkommen automatisch von selbst. Der Plan, im nächsten Jahre eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, wird unter diesen Umständen vielleicht fallen gelassen.

## Macdonalds Rücktritt nicht vor Mittwoch.

**London, 3. November. (Eigener Drahtbericht.)** Die bisherigen Mitteilungen über die Ministerliste Baldwin's beruhen lediglich auf Vermutungen. Baldwin beharrt absolute Verlässlichkeit in dieser Frage. Der Rücktritt Macdonalds ist vor Mittwoch oder Donnerstag nicht zu erwarten. Das Kabinett will unter allen Umständen erst die Unterweisung über den Sinowjew-Brief und die Umstände seiner Veröffentlichung beenden. Es ist aber anzunehmen, daß der Kabinettsrat am Dienstag den genauen Zeitpunkt des Rücktritts schon festsetzt. Die kommunistische Partei hat dem Kabinett angeboten, ihren Sekretär und den britischen Delegierten bei der dritten Internationalen Mac Manus, dessen Unterschrift unter dem mysteriösen Sinowjew-Brief stand, vernehmen zu lassen.

## Die französischen Sozialisten einig.

Fortsetzung der Linksblockpolitik.

**Paris, 3. November. (Eigener Drahtbericht.)** Die zweitägigen Beratungen des Zentralrats der Sozialistischen Partei Frankreichs haben zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, daß man sich auf eine gemeinsame Formel zu einigen vermocht hat, die ein rückhaltloses Bekenntnis zu der im Juli beschlossenen Politik der aktiven Unterstützung des Ministeriums Herriot bedeutet, und die sich unter gewissen, die politische Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Partei garantierenden Vorbehalten, für deren Fortsetzung ausspricht. Dieser Beschluß hat die einstimmige Zustimmung der Delegierten des ganzen Landes gefunden. Bedauerlich ist, daß diese Einstimmigkeit nicht in der Frage zur Bewilligung des Budgets zu erzielen gewesen ist und daß sich hier der Zentralrat vor die Notwendigkeit gestellt sah, sich zwischen einer Entschlüsselung Blum und einer Entschlüsselung Braque zu entscheiden. Immerhin hat die Debatte den Beweis erbracht, daß die über taktische Zweckmäßigkeiten bestehenden Meinungsverschiedenheiten keineswegs grundsätzlicher Natur sind und daß die Gerüche von Grundfragen, wie sie von einem Teil der bürgerlichen Presse seit Wochen in durchsichtiger Absicht verbreitet worden waren, jeder Grundlage entbehren.

Auch Redner der Opposition, wie Léon Blum, Zyromski, Lebass und andere, betonten übereinstimmend, daß von einem Aufgeben der bei der Uebernahme der Regierung durch Herriot von der Partei eingeschlagenen Politik nicht die Rede sein könne. Was verlangt wird, ist lediglich eine etwas

## Stärkere Betonung der sozialistischen Grundsätze.

wie Blum sich ausdrückte, „die sozialistische Doktrin nicht in Schußläden verstauben zu lassen und die sozialistische Agitation mit Erfolg fortzusetzen“. Auch die Opposition erkannte an, daß die Außenpolitik des Ministeriums Herriot durchaus zu billigen sei, und daß die neue Regierung alles in ihrer Kraft Strebende getan habe, um das von ihr gegebene Versprechen einzulösen. In der Ausprägung des Grundsatzes insbesondere auf die außenpolitischen Wirkungen hin, die ein Sturz des Ministeriums Herriot zur Folge haben könnte, der nicht nur in Deutschland den Ausfall der Wahl ungünstig beeinflussen, darüber hinaus die Reaktion und den Nationalismus ganz Europas in gefährlicher Weise ermutigen und kräftigen würde. Compière-Rorel wünschte, daß die Fraktion noch schärfer

## Feldzugs-Anekdoten.

Von Paul Gutmann.

Das deutsche Gemüt, das so lange geschlummert hat, soll in seinem Ernst und Humor wieder zur Geltung kommen. Es will es ein Mäuschen Verlag, der sich das Ziel gesetzt hat, Feldzugsanekdoten 1914/15 herauszugeben. Die Leute, die Sonne im Herzen haben, werden den Schwarzsehern zeigen, welche seltsam-fröhliche Sache so ein vierjähriger Krieg gewesen ist, zu Ruh und Frommen der heranwachsenden Jugend, die noch das Herz am rechten Fleck hat. Das wolle Gott! Natürlich, wo viel Licht ist, da gibt es auch viel Schatten, aber der Humor, die herrlichste Gabe des Deutschen, wird auch damit fertig werden. „Besonders lehrreich“, sagt der Verlag, „der in all den schweren Kampfsjahren selbst unter den größten Entbehrungen und Stropazen nicht unterzukriegen war, und wie das Buch zeigen wird, ganz herrliche Blüten gezeigt hat, ist wert, in der Erinnerung aufbewahrt zu werden.“ Alle deutschen Männer und Frauen werden zu einem literarischen Wettkampfe aufgerufen, durch den die Vollenbung des Buches gefördert werden soll.

Es versteht sich, daß die Preisrichter für ein so herrliches Unternehmen Männer sind, die als Spezialisten auf dem Gebiet der herzenssonne gelten. Es sind dies der Breitbildlicher Hanns von Gumpenberg und der Jugendredakteur und sinnige Spritzer Fritz von Ostun. Sie haben nicht nur egal Sonne im Herzen, sondern auch ein „von“ zwischen den Namen. Für die Beurteilung des Kriegshumors sind diese ehrwürdigen Greise auch deshalb besonders geeignet, weil sie bei Kriegsausbruch bereits im ungefähren Alter waren und deshalb den Humor der Sache voll auf sich wirken lassen konnten.

Da leider nur die lebenden Deutschen und nicht auch die Toten zum Wettbewerb ermuntert werden konnten, wird der Humor nicht rein zur Geltung kommen. Lebende haben nämlich ein sehr schiefes Gedächtnis, weil der frühere Eindruck durch einen späteren ersetzt wird. Aber wenn der Lach den letzten Augenblick wiedergeben könnte, so würde der Humor überwältigend sein. „Wie ich im Draht, verheu an meinen Eingeweiden zappelte“ — einfach ein zweifelserschütterndes Stück für die Kinderstube. Oder: „Wie wir das Wasser aus dem Granatrichter tranken, bis uns auf dem Grund die toten Kameraden angrinnten.“ Noch viele andere Scherze könnten die Lachen erlösen, aber begnügen wir uns mit dem Humor der Lebenden! Ein Prachstück für ein späteres Lesebuch wäre der Fall heimlich. Aber auch aus der sonnigen Hinterfront hätte jeder ehrliche Deutsche, der nicht wie die Preisrichter damals in München sein Bier trank, einen kleinen Scherz zu berichten. „Wie mein Feldwebel sich eine kleine Villa zusammenschob.“ „Der Reutnant als Marktelender.“ „Deutsche Frauen und russische Gefangene.“ Das wären so einige humoristische Staffeln.

Aber auch die deutschen Frauen sollen ja am Preisaus schreiben teilnehmen. Nun wohnt denn, so plaudert nur launisch und ironisch von euren Kriegserlebnissen! „Wie ich drei Söhne verlor.“ „Der Mann ohne Beine.“ „Verhungerte Säuglinge.“ „Wie ich mir beim Stehen um Brot die Beine erkor.“ „Unerteilsleiden und -freuden.“ Alles besonders komische Themen, die ihr einwenden könnt. Die Herren Preisrichter werden sich vor Lachen die Bäuche halten. Vergeht aber am Himmelswillen nicht den § 11, der besagt: „Die Manuscripte müssen einseitig beschrieben sein.“ Vergeht es nicht! Denn wenn ihr nicht einseitig schreibt, sondern die große Zeit auch etwa von der kleinsten Rehrseite darstellt, so könnt ihr Gift darauf nehmen, daß die Münchener Humoristen euch nicht einmal einen Trostpreis spenden werden. Sie wollen nämlich für die Zukunft ein Monument errichten. „Vieles aus der großen Zeit könnte erblassen“, heißt es in ihrem Aufruf, nicht etwa „viele“ könnten erblassen. „In jedes einzelnen Erinnerung hasten soviel stolze, begeisterte Momente aus den Kriegsjahren, die wert sind, der Nachwelt erhalten zu bleiben.“ Beschäftigt darum diese sonnigen Erinnerungen nicht. Sendet außerdem die erforderlichen 2 Mark ein. Aus, deutsches Volk! Lache, Bajazzo!

## Der Zusammenbruch des Dramatischen Theaters.

Das unter außerordentlich günstigen Auspizien gegründete Dramatische Theater, dem vor allem reiche Geldmittel zur Verfügung standen, das über einen großen Saal von Mitspielern verfügte und sich in der Wahl des Repertoires keinerlei Reserven aufzuweisen brauchte, wäre schon vor Wochen erledigt gewesen, wenn nicht zuletzt noch der Bühnenvolksbund eingegriffen würde. Es ist mühselig zu untersuchen, ob die entscheidende Ursache des Zusammenbruchs in der falschen Leitung des Theaters, das eine viel zu große Truppe und weit über dem Durchschnitt stehende Gagen hatte, zu suchen ist, oder in der Auswahl der Stücke oder in der Biddigkeit des Publikums, das für experimentierende Unternehmungen nichts übrig hat. Das Eingreifen des Bühnenvolksbundes, der alsbald das übermoderne Repertoire hinauswarf und mit gut katholischen Stücken aufwartete, hat das Endergebnis nicht aufzuhalten vermocht. Der Bühnenvolksbund hat umfassen an 90000 Mark in das Unternehmen hineingesteckt. Der lang geführte Zusammenbruch ist nun doch eingetreten, der Direktor Dietrich hat bereits am Sonnabend Konkurs angemeldet. Die für morgen angelegte Neueinführung von „Robert Guiscard“ und „Demetrius“ findet nicht statt. Man spielt vorläufig — niemand weiß, auf wie lange — „Die Kommune“ weiter. Ob der letzte Steuermann des Theaters, Herr West, weitere Mittel des Bühnenvolksbundes flüssig machen kann und das Theater in irgendeiner anderen Form neu aufleben wird, steht noch dahin.

So viele Fehler das Dramatische Theater begangen haben mag, seinen Zusammenbruch wird jeder, der in der Kunst Wagemut und Zuschauer noch neuen Formen und Ideen zu schätzen weiß, bedauern. Anders stellt sich das Gefühl ein zu dem Reinfall des Bühnenvolksbundes. Diese national-gerüstete Organisation, die

übrigens nicht, wie es kürzlich hieß, 200 Theater beherrscht, sondern höchstens 200 Theatergemeinden aufweist, hat seit langem den brennenden Ehrgeiz, in Berlin ein eigenes Theater aus Reklame- und Prestige Gründen zu haben. Die Zahl seiner effektiven Mitglieder ist in Berlin außerordentlich gering, die Notwendigkeit eines eigenen Theaters besteht gar nicht, aber der sehr unternehmungslustige Generalsekretär, Herr Gerst, will, koste es, was es wolle, in Berlin eine Bühne kontrollieren, um nachher in der Provinz damit Geldscheite zu machen. Es ist der dritte Reinfall, den er in Berlin erlebt hat. Das Theater in der Kommandantenstraße, das er sich angeeignet hatte, brachte es nur auf vier Wochen Spielzeit unter seinem Regime und nur ein Stück kam heraus. Das Experiment mit dem Steglitzer Schlossparktheater, das im vorigen Jahre eingeleitet wurde, endete gleichfalls völlig negativ, und das Theater in der Chausseestraße wird selbst dann, wenn Herr Gerst weitere Mittel daranwendet, kein glückliches und gewinnbringendes Unternehmen werden.

Wir sprechen dem Bühnenvolksbund keineswegs seine Berechtigung ab, er mag dort wirken, wo die Voraussetzungen für seine Existenz gegeben sind. In Berlin hat er nichts zu suchen. Wie schwach und unfundiert seine Gründungen selbst in ausgesprochen katholischen Gebieten sind, mag eine Nachricht aus Schelfen beweisen, die uns eben zugeht. Danach soll — Einzelheiten können wir im Moment nicht nachprüfen — die schlesische Bühne, die der Bühnenvolksbund in Glatz als Wandtheater unterhält, gleichfalls vor dem Zusammenbruch stehen. Als pikantes Detail wird dabei erzählt, daß zwar die Aufnahme tüchtiger Schauspieler in die Truppe unterlag, aber die Frau des Direktors sich trotzdem als Bühnin herausstellte.

Ein Musterstadion für München. In München hat sich ein Ausfluß gebildet, der mit Unterstützung der Stadt ein Stadion bauen will, wie es einzig in seiner Art in der Welt bisher ist. Es soll ein gedecktes Stadion werden, das also sportliche Veranstaltungen bei jedem Wetter gestattet, das außerdem geheizt und beleuchtet werden soll, um auch im Winter, und zur Nachtzeit verwendbar zu sein. Der Entwurf hierzu stammt von Regierungsbaumeister Dörmann. Das Stadion ist als mächtige Halle von 160 Meter Länge und 100 Meter Breite gedacht. Die Arena wird 60x120 Meter groß sein; bei größeren Festen leidet die Uebersichtlichkeit, wie das Berliner Stadion beweisen hat. Der Boden soll aus Humus mit eingeworfenem Laub bestehen, Staubentwässerung wird durch zeitweise Bereisung vermieden. Von der Arena sollen amphitheatralisch die Zuschauerränge auf, die einschließlich der Sitzplätze über 19 000 Personen fassen können. Den ganzen Bau überwölbt ohne Säulenstützung eine Kastenkonstruktion von 100 Meter Spannung bei einer Schallehöhe von 28 Meter. Die Heizanlage wird die Halle im Winter bis auf 12 Grad erwärmen können, außerdem wird für den Sommer eine besondere Frischluftanlage mit Wasserbereisung eingerichtet, was für sportliche Veranstaltungen besonders wichtig ist. Durch besonderen Bodenbelag soll die Aufstellung von Tischen und Stühlen ermöglicht werden, wodurch noch weitere 7000 Personen untergebracht werden können. Damit würde ein Versammlungsraum geschaffen, wie es wenige in Europa gibt und der bei Kongressen, Rosseverrichtungen usw. 26 000 und mehr Personen Platz böte. Außer für Turn- und Hahnsport, für Kongresse und Versammlungen könnte das Stadion für Rod- und



# Gewerkschaftsbewegung

## Der Lohnstreik der Buchdrucker.

### Einmütige Ablehnung des Schiedspruchs.

Am Sonntag und Montag tagte in Berlin eine Konferenz der Gauvorsitzer des Buchdruckerverbandes, an der auch Vertreter der übrigen graphischen Organisationen teilnahmen. Aus allen Teilen des Reiches waren Telegramme und Briefe eingelaufen, die ihrer Entrüstung über den vom Schlichter des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schiedspruch Ausdruck gaben. Von der Konferenz wurde verlangt, daß sie höhere Lohnforderungen, als sie die Lohnkommission aufgestellt habe, nominieren und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchdrücke. Die versammelten Organisationsvertreter nahmen eingehend Stellung zum Schiedspruch und der derzeitigen Lage im Gewerbe und in der Organisation. Allgemein kam die Befremdung über den gefällten Schiedspruch zum Ausdruck, der dann auch einstimmig abgelehnt wurde. Sowohl in der Lohnhöhe als auch in der Dauer sei der Schiedspruch völlig ungenügend.

In der am Montag in den Sophienböden abgehaltenen außerordentlich zahlreich besuchten **Funktionärerversammlung** berichtete der Gauvorsitzende Braun eingehend über die mit den Unternehmern gepflogenen Lohnverhandlungen. Die Unternehmer lehnten die bestehenden Forderungen der Arbeitnehmer strikte ab, so daß die Verhandlungen scheiterten. Es kam dann zu dem bekannten Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums, welcher den Gehilfenforderungen nur sehr wenig entgegenkam. Der Verbandsovorstand berief daraufhin die eingangs erwähnte Gauvorsitzerkonferenz ein, die zur Ablehnung des Schiedspruches gelangte. Diese Mitteilung Brauns fand die einmütige Zustimmung der Funktionärerversammlung. Nachdem der Referent noch einige Ausführungen über die gewerbliche Lage gemacht hatte, gab er die gestellten Lohnforderungen bekannt und machte es jedem einzelnen zur Pflicht, den Beschlüssen der Gauvorsitzerkonferenz, die auch die Billigung des Berliner Gauvorstandes gefunden haben, nachzukommen.

Heute, Dienstag, sind in allen Betrieben folgende Forderungen auf mündliche Lohnverhöhung am 25. Oktober zu stellen: Lohnklasse C verheiratet 10,40, ledig 9,78, Lohnklasse B verheiratet 9,78, ledig 9,17, Lohnklasse A verheiratet 8,44, ledig 8,31; Reisausgabe 7,28 M. In Druckereien, in denen diese Forderungen nicht bewilligt werden, ist sofort die Kündigung mit Wirkung ab 7. November einzureichen. — Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist dem Gauvorstand am Mittwoch mündlich auf dem Bureau oder schriftlich Bericht zu erstatten.

Ueberstunden sind für die Dauer des Konfliktes gänzlich abzulehnen. Gegen die formulierten Forderungen erhob sich keine Stimme. Ohne jede Diskussion fanden die von Braun unterbreiteten Vorschläge die Zustimmung der Versammlung. Die Funktionäre gaben dadurch zu erkennen, daß sie entschlossen sind, dem Herrenstandpunkt der Unternehmer unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel entgegenzutreten.

## Beschluß der Berliner Post- und Telegraphenarbeiter

Die im Deutschen Verkehrsband organisierten Arbeiter der Post, Telegraphie, Reichs- und Staatsbetriebe beschäftigten sich mit den Lohnverhandlungen. Nach der Entgegennahme der Berichte über die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium und der Reichspost wurde durch längere Diskussion folgende **Entschliessung** einstimmig angenommen.

„Die heute, am 31. Oktober, tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Verkehrsbandes, Bezirk Groß-Berlin, Sektion 6 — Post, Telegraphen, Reichs- und Staatsbetriebe — nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Verhandlungen ihrer Unterhändler mit der Deutschen Reichspost und dem Reichsfinanzministerium betreffend Erhöhung der Löhne und Gehälter.“

Die Behauptung, eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter ziele eine neue Inflation nach sich, muß die tiefste Entrüstung aller ehrlichen Staatsbürger hervorrufen. Ebenso ungeheuerlich ist die Behauptung der Vertreter der Reichspost, für die Lohnregelung der Reichsarbeiter käme nicht die Teuerung, sondern die Löhne der Industriearbeiter in Frage. Bedauerlich ist es, daß die von einem raffinierten Unternehmertum einseitig aktierten Industrielöhne zur Grundlag der Arbeiter eines demokratischen Staates gemacht werden.

Die Versammlung beauftragt den Deutschen Verkehrsband, unter allen Umständen dafür einzutreten, daß die Löhne der Teuerung unbedingt angepaßt werden, um einer vollständigen Verelendung der im Reich und Staat beschäftigten Lohnempfänger vorzubeugen.

Die Versammelten sind entschlossen, den ihnen aufgenutzten Kampf aufzunehmen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen.“

## Norddeutsche Schranben- und Metallwerke.

Wie uns berichtet wird, hielt die Belegschaft dieses Betriebes, der in Niederschönhausen, Buchholzer Straße, liegt, eine Versammlung ab, um die Schaffung einer Betriebsvertretung in die Wege zu leiten. Es wurde eine zweigliedrige Kommission gewählt, um zu diesem Zweck bei der Firma vorstellig zu werden. Der Betriebsleitung war jedoch die Aussprache schon vorher überbracht, worauf sie die Sprecher „wegen zu geringer Leistung“ — nach zehnmönatiger Beschäftigung — sofort entließ. „Wer in meinem Betriebe stärkt, wird entlassen“, sagte der Herr Direktor. Die Belegschaft trat in den Streik. Die Streitenden ersuchen, den Betrieb zu meiden.

## Streik in den Verbandstoffbetrieben.

Der Deutsche Verkehrsband überreichte dem Arbeitgeberverband der Verbandstoffhersteller am 10. September neue Lohnforderungen. Für die Zeit ab 19. September wurde eine Erhöhung von 20 Proz. gefordert. Der Arbeitgeberverband lehnte direkte Verhandlungen ab mit der Motivierung, daß es sich nur um eine Lohnkürzung von 10 Proz. handeln könnte. Der Schlichtungsausschuß fälltte am 7. Oktober einen Schiedspruch, durch den die Lohnsätze um 7 Proz. erhöht werden sollten. Trotz dieser geringen Erhöhung nahmen die Arbeitnehmer diesen Schiedspruch an, die Arbeitgeber lehnten ihn ab. Vor dem Schlichter waren die Arbeitgeber gleichfalls zu seinem Zugeständnis zu bewegen, obwohl in kleineren Betrieben bereits höhere Löhne gezahlt werden. Hinweise auf die Streikgefahr blieben unberücksichtigt.

Auf Grund dieser Provokation wurde am gestrigen Sonntag in folgenden Betrieben die Arbeit eingestellt:  
Oskar Staller, Johannisstr. 20/21; Max Rahmann,

Ktt.-Gef., Wasser Str. 39; Bäcker u. Böpfer, Wörther Straße 29 und Eberwalder Str. 30/31; Moritz Böhm, Dramenburger Str. 65.

Arbeiterinnen und Arbeiter, übt Solidarität und meldet für die Dauer des Streiks diese Betriebe!  
Die Kollegen aus den Roll- und Fuhrbetrieben bitten wir gleichfalls um Unterstützung.

## Achtung, SPD.-Bekleidungsarbeiter!

Mittwoch, den 5. Nov., abends 7 Uhr, im Reichstasino, Neue Königl. 26, Versammlung aller SPD.-Bekleidungsarbeiter und -arbeiterinnen. — T.-D.: 1. Die bevorstehenden Wahlen und die Arbeiterklasse. Referentin: Genossin Mina Todenhagen. 2. Fraktionsangelegenheiten. Materialausgabe.  
Der Fraktionsvorstand.

## Die nichtständigen Angestellten der Stadt Berlin.

Aus Angestelltenkreisen der Stadt Berlin wird uns geschrieben:

Mit den Vertretungen der nichtständigen Angestellten ist Ende Mai 1924 der 4. Tarifvertrag für die nichtständigen Angestellten der Stadt Berlin abgeschlossen worden. Infolge der bekannten Vorgänge vor den Sommerferien in der Stadtverordnetenversammlung ist die Zustimmung der Stadtverordneten zu diesem Vertrage erst am 5. September erfolgt. Der Tarifvertrag hat Wirkung in seinem allgemeinen Teil ab 1. Juni, dagegen in der Regelung der Dienstbezüge vom 1. April ab. Hierzu gehört aber neue Einrechnung in Vergütungsgruppen und Anrechnung von Dienstzeiten gleicher Beschäftigung vor Eintritt beim Magistrat. Dieses würde für einen größeren Teil der Angestellten eine Höherstellung ihrer Bezüge und Nachzahlung ab 1. April bedeuten. Bis heute, zwei Monate nach der Verabschiedung durch die Stadtverordneten, ist diese Regelung noch nicht erfolgt. Glaubt der Magistrat, daß die Tarifangestellten bei der jetzigen hohen Lebenshaltung mit ihren minimalen Gehältern auskommen können? Es wäre zu empfehlen, daß die sozialistische Stadtverordnetenfraktion sich einmal nach dem Stand der Dinge erkundigt.

## Allgemeine Verbindlichkeit des Banktarifs.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, ist die zwischen den Trägern des Reichsbanktarifvertrages für das deutsche Bankgewerbe am 5. September vereinbarte Verlängerung des früheren Reichsbanktarifvertrages jetzt durch die Reichsarbeitsverwaltung mit Wirkung ab 1. September 1924 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

## Gewerkschaftsmitglieder in Neutönn!

Am Dienstag, den 11. November 1924, abends 7 Uhr, beginnt im Reform-Realgymnasium, Gobbinsstraße, ein Lehrgang des Genossen Fritz Schröder über „Die Gegenwartsprobleme der gewerkschaftlichen Organisation“. Der Kursus umfaßt vier Abende. Teilnehmergebühr 1 M. Hörerarten sind bei Beginn des Kurses zu haben.

## Wie die Schirmfirma Lichtenstein Reklame macht.

Uns liegt eine Reklamemarie vor, die die Firma per Post an ihre Kundschaft gefandt hat. Der erste Absatz dieser Karte hat folgenden Wortlaut:

„Meine seit 15 Jahren in Tegel, Berliner Straße 4, befindliche Filiale habe ich einer gründlichen Revision unterzogen, das Lager neu und gut sortiert aufgefüllt, die bisherige dortige Verkäuferin abgelöst und eine erste Berliner Verkäuferin jetzt dort beschäftigt.“

Der unbefangene Leser muß nach dem Text unwillkürlich zu der Ansicht kommen, daß mit der Verkäuferin etwas nicht stimmig hat, da von Revision und von Ablösung der früheren Verkäuferin die Rede ist. In dem Zeugnis der früheren Verkäuferin, die 3½ Jahre ihren Posten ausgefüllt hat, ist ausgedrückt, daß sie erste Verkäuferin war, und daß sie ehrlich, pünktlich und fleißig war. Gefündigt wurde sie „wegen Arbeitsmangel“, wie die Firma angibt. Es ist geradezu unverantwortlich, wie hier der Unternehmer die Interessen der Angestellten schädigt, die Verkäuferin in den Augen der Kundschaft herabsetzt und damit auch der Angestellten das Aufsuchen einer neuen Stellung erschwert. Die Firma sollte denn doch versuchen, eine anständigere Reklame zu machen. Die Arbeiterkundschaft in Tegel dürfte infolge dieser Reklame sicher das entsprechende Verständnis für Einkäufe bei der Firma Lichtenstein haben.

## Kommunistische Wahltaktik.

Essen, 3. November. (Ill.) Am gestrigen Sonntag wurde in Essen der rheinisch-westfälische Betriebsräte- und Betriebsdelegierten-Kongress, eine rein kommunistische Veranstaltung eröffnet. Es waren 559 Betriebsräte und Betriebsdelegierte aus Rheinland und Westfalen erschienen. Das Referat erstattete der Bundtagsabgeordnete Sobotta, der zum Kampf gegen das Lohnabkommen, gegen die Arbeitszeit und gegen die bestehende Wirtschaftsordnung überhaupt aufforderte. Der Kampfbeginn wurde auf den 1. Januar festgesetzt. (Also auf den Sankt Nimmerleinstag. Da der 1. Januar bekanntlich ein späterer Termin als der 7. Dezember ist, so kann ja, wie bei den letzten Reichstagswahlen, bis dahin mit den kommunistischen Forderungen agitiert werden. Bei den letzten Reichstagswahlen haben die Kommunisten immerhin die Courage gehabt, Streiks zu inszenieren. Diesmal sind sie zu feige dazu. Sie wissen, daß ihr schmachlicher Zusammenbruch dann schon vor dem 7. Dezember offenbar würde.)

## Die Röchling-Werke wieder in Betrieb.

Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, wurde nach siebenwöchiger Absperrung auf den Röchlingischen Eisenwerken in Böllingen am Montagmorgen die Arbeit unter den bereits gemeldeten Bedingungen wieder aufgenommen.

## Streikdrohung der österreichischen Eisenbahner.

Am Montag begannen Verhandlungen mit den Eisenbahnern, die für den 7. November Streik angedroht haben, falls ihre Lohnforderungen nicht erfüllt werden. Man glaubt, daß es gelingt, den Streik zu vermeiden.

Photographischer Bromsilber-Kunstdruck. Im Vergleich zu den Löhnen der getriebenen Betriebe in der graphischen Industrie werden die Kunstdruckphotographen sehr schlecht entlohnt. Infolgedessen reichten die Kollegen aus dieser Branche Lohnforderungen ein, und darunter haben die Firmen Potosch, Alexandrinenstraße 10 und Schwertfeger, Reintendorfer Straße 96, die Gehilfen freilos entlassen.

Unter den Betriebsmaurern der Firma H. Borfig sind — wie uns mitgeteilt wird — Lohnforderungen ausgebrochen. Der Betrieb ist von den Maurern zu meiden.

Im Hamburger Hafen suchten die Kommunisten eine Aktion zu inszenieren. Es ist ihnen nicht gelungen.

Die Bauarbeiter in Einbeck (Hannover) lehnten einen Schiedspruch mit 56 Pf. Stundenlohn ab und traten in den Streik.

Achtung, 2. Löwe u. Co., Gattenstraße. Mittwoch, den 5. November, nachm. 5 Uhr, Fraktionsversammlung der SPD.-Kollegen bei Treiter, Berlin, Lindenstr. 7. Erscheinen aller unbedingt notwendig.  
Der Fraktionsvorstand.

## Buchdruckerei-Gilfsperjonal!

Das Buchdruckerei-Gilfsperjonal hat sich dem Vorhaben der Gehilfen bezüglich Forderung und Kündigung zum nächsten Jahrtage (Freitag, den 7. November) anzuschließen. Alles nähere am Donnerstag, nachmittags 4½ Uhr, in der Funktionärerversammlung, Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engelauer 24/25.

## Aus der Partei.

### „Sozialdemokratischer Pressedienst“ im neuen Heim.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“, das Nachrichtenbureau der sozialdemokratischen Presse Deutschlands, bezog am Sonnabend seine neuen Räume, die in den von der Partei erworbenen Grundstücken Belle-Alliance-Platz 7/8 aufgestockt worden sind. Hier hat sich der Pressedienst eine seinem erweiterten Umfange entsprechende Arbeitsstätte geschaffen, die neben den zweckmäßigen Einrichtungen eines modernen Nachrichtenbureaus auch Bequemlichkeit und Geschmack der Ausstattung nicht vermissen läßt. Neben den sieben Arbeitszimmern der Redakteure und ständigen Mitarbeiter sind jetzt auch die modernsten Errungenschaften des Nachrichtenendienstes zweckentsprechend untergebracht worden. In besonderen Räumen sind die Anlagen für die Funkaufnahme und den Funkgedienstdienst, durch den die Parteipresse täglich mehrmals bedient wird, in luftiger Höhe, den Wellen des Reichers zunächst, untergebracht. Daneben fehlt es nicht an den nötigen Zimmern mit den Einrichtungen für die telephonische Aufnahme, und auch Buchhaltung und Expedition haben endlich ihre eigenen Räume.

Von dem neuen Werk, auf das die Parteipresse und mit ihr die gesamte Partei stolz sein kann und das nicht zuletzt der unermüdeten Tatkraft des Leiters des Pressedienstes, Genossen Alfringhaus, zu danken ist, konnte man sich auf einem Begrüßungsabend überzeugen, zu dem das Unternehmen am Sonnabend geladen hatte. Neben zahlreichen Mitgliedern der Partei- und Bezirksvorstände sah man die Geschäftsführung des „Vorwärts“, die bisher dem „Parlamentarischen Dienst“ eine Arbeitsstätte gewährt hatte, die Kollegen der „Vorwärts“-Redaktion und mehrere bürgerliche Redakteure, weitere Vorstandsmitglieder des ADGB, der AFD und des ADB. Auch die Pressestellen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung, sowie die Nachrichtenstellen der einzelnen Ministerien hatten ihre Vertreter entsandt. Neben dem preussischen Ministerpräsidenten sah man den sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer, ferner die Genossen Wels, Lenzberg, Bauer, Reichardt und viele andere.

Ohne Unterbrechung hat das Nachrichtenbureau unserer Parteipresse den schwierigen Umzug vollendet und bereits am Sonntag wurde die gesamte Parteipresse des Reiches von dem neuen Heim aus bedient, wie bisher an alter Stätte.

## Unsere Kandidaten in Niederschlesien.

Görlitz, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Bezirkskonferenz für den Agitarbezirk Görlitz (Niederschlesien), die am Sonntag in Biegnitz tagte, beschloß, die Reichstagskandidatenliste unverändert zu lassen. Die ersten fünf Kandidaten der Liste sind: Paul Taubadel-Görlitz, Otto Buchwig-Görlitz, Anna Kemig-Berlin, Emil Görbig-Berlin, Bruno Fehlich-Biegnitz. Die Liste für den Landtag verzichtet als erste fünf Kandidaten folgende: Hugo Eberle-Görlitz, Otto Fritsch-Biegnitz, Frau Dr. Wegscheider-Berlin-Lichterfelde, Emil Gaudlich-Bunzlau, Max Simon-Neusalz. Die Konferenz beschloß, den Parteivorstand zu ersuchen, an ausrichtreicher Stelle auf die Landesliste den Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Genossen Helmut Lehmann-Berlin, und das Mitglied des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Genossen Kugur-Berlin, zu setzen. Auf die Reichsliste sollen der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Genosse Jäckel, und als Landarbeitervertreter das Mitglied des Hauptvorstandes vom Deutschen Landarbeiterverband, Genosse Quasniß-Berlin, gesetzt werden.

## Kandidatenaufstellung in Halle-Merseburg.

Halle, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand Halle-Merseburg stellte am Sonntag nach Referaten von Krüger-Merseburg über die politische Lage im Reich und Professor Waentig-Halle über die Verhältnisse in Preußen folgende Kandidatenliste auf: Für den Reichstag: Spitzenland hat Richard Krüger-Merseburg, Franz Peters-Halle, Frau Wacwig-Weihenfels. Genosse Fritz Kunert hatte eine neue Kandidatur seines Alters wegen abgelehnt. Als Kandidaten für den Preussischen Landtag werden folgende Genossen bestimmt: Spitzenkandidat Professor Waentig-Halle, Christian Giesleben, Reinhold Drescher-Halle, Heinzelmann-Teich.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arne Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ostern; Feuilleton: Dr. John Schalkowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glöck. sämtlich in Berlin. Verlag: „Vorwärts“-Berlin, S. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hieran 2 Beilagen.

**DUNLOP** Vollgummi für Lastwagen

gleich in Qualität und Leistung wie

**DUNLOP CORD** für Automobile!

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

**Sophien-Säle** Sophienstraße 17-18. Norden 9296. **Säle frei!**



# Kriminalistischer Kleinram.

## Das fehlende Telegramm.

Der polnische Rabbinerandibat T. erhält in Paris ein Telegramm: „Komme sofort, Mutter liegt im Sterben.“ Er begibt sich auf das polnische Konsulat nach einem Auslandspaß. Die 450 Franken, die er für seinen vor drei Jahren abgelassenen Paß zu zahlen hat, kann er nicht aufbringen. Die Erledigung eines Gesuches auf Erlassung der Gebühren würde zuviel Zeit in Anspruch nehmen — er passiert die deutsche Grenze ohne Erlaubnis und wird in Berlin aufgegriffen. — Vor dem Richter — er ist wegen unerlaubter Grenzüberschreitung angeklagt — entschuldigt er sich durch den Hinweis auf seine sterbende Mutter. Das Telegramm hat er aber in Paris zurückgelassen. Der Richter glaubt es ihm und glaubt es auch nicht. Entgegen dem Staatsanwalt, der drei Wochen Gefängnis verlangt, erkennt er nur auf zehn Tage Haft — „weil der Angeklagte zur sterbenden Mutter wollte“ —, obgleich es „eigentlich erscheint, daß er das so wichtige Telegramm nicht bei sich hat“. . . . Wie aber, wenn der Rabbinerandibat wirklich zur sterbenden Mutter eilt? Hatte der Richter, wie er es im Urteil zum Ausdruck brachte, ihm das geglaubt, so wäre es doch gerechter gewesen, ihn einfach über die Grenze abzuschicken. Nun geschieht dies erst in zehn Tagen und da . . . ist die Mutter wohl schon tot, und der Rabbinerandibat wird die Reise von Paris unumöglich gemacht haben. Strafe aber muß sein! Wer weiß, vielleicht wollte er auch nicht zur Mutter — das Telegramm ist ja in Frankreich geblieben. . . .

## Leichtsinn und Gefängnis.

Der gelernte Schlosser B. ist als Hausdiener beschäftigt. Er bewohnt die Stube gemeinsam mit zwei Schlächlergefellern. Während deren Abwesenheit stiehlt er ihnen 31 Mark und geht von dannen. Als das Geld alle ist, stellt er sich freiwillig der Polizei — kommt vor den Richter. 28 Jahre alt, verheiratet, lebt er von seiner Frau getrennt. „Weshalb er das Geld genommen habe?“ — „Aus Dummheit. . . .“ — Ein Monat Gefängnis. „Es war eine große Gemeinheit“, sagt der Richter im Urteil. Zu welchem Zweck er das Geld verbraucht hat, danach wird der Angeklagte nicht gefragt; nach der Quelle seines Leichtsinns wird nicht geforscht. B. ist schon einmal vor drei Jahren, als er als Schlosser in der Fabrik beschäftigt war, wegen Kupferdiebstahls zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Das Gefängnis hat ihn aber nicht gelehrt gemacht. Die dritte Leichtsinnsstat wird Diebstahl im Rückfall bedeuten und kann eine Zuchthausstrafe mit sich bringen. Es gibt allerdings Leute, die der Ansicht sind, daß das Gefängnis überhaupt nicht hilft. Eine Bewährungsfrist soll unter Umständen heilsamer sein. Der Angeklagte ist ein geschlagener, einsamer Mensch — so sah er wenigstens aus.

## Das galeante Abenteuer.

Eine Puhmacherin. Wie lange mag es aber her sein, daß sie zum letztenmal einen Hut garniert hat? Sie macht um 1/2 Uhr nachts am Halleischen Tor die Bekanntschaft zweier junger Leute. Man wandert von Lokal zu Lokal, nimmt einen Bitor nach dem anderen und landet schließlich, natürlich, im „Absteigequartier“. Am nächsten Morgen ist die kleine lebenswürdige Puhmacherin mit dem Geld und den übrigen Wertgegenständen ihres noch selig schlummernden Kavalliers verschwunden — sie hat auf diese Weise die von ihr geleisteten Dienste eigenmächtig und allerdings sehr hoch eingeschätzt — höher, als es die ortsübliche Lage gestattet. Nun steht sie vor dem Richter und behauptet, sich an nichts erinnern zu können, weder, wie sie das letzte Lokal verlassen habe, noch wie sie nach Hause gekommen sei, sie habe am Abend vor der Begegnung mit dem ausgepöbelten Herrn noch tüchtig Kokain geschmuppelt. Kokain ist wirklich gefunden worden. Von den Sachen ist nur ein Teil zurückgegeben. Der Kavallier befindet sich auf Reisen, auch die Wirtin soll wegen des Zustandes ihrer Zimmermieterin am Morgen nach deren Rückkehr aus dem Hotel befragt werden. Die Sache wird vertagt. Die kleine blonde Puhmacherin schwebt grazios auf ihren Pompadourabfäßen aus dem Gerichtssaal . . . in Untersuchungshaft. Da kann sie sich von ihrem traurigen Gewerbe und vom Kokain erholen.

## Die Fundunterschlagung.

E. Kutscher von Beruf, hat wegen Diebstahls acht Monate abzubüßen. Er prozessiert aber beim Gewerbegericht mit einem Gegner und will die Sache zu Ende führen, bevor er ins Gefängnis muß

— das behauptet er wenigstens. Wiederholten Mahnungen der Polizei, sich zu stellen, kommt er nicht nach. Er verläßt seine Wohnung und seine Frau, meldet sich ab, und ist nun wohnungslos — auch ohne Beschäftigung. Ein Jahrgast läßt beim Bezahlen auf das Trittbrett der Droßke seine Brieftasche fallen; der Angeklagte springt hilfsbereit hinzu und steckt die Brieftasche ein. Auf die Frage des Jahrgastes verneint er den Fund. Einem fremden Manne gibt er von dem gefundenen Geld 20 M. als Schweigegehd — dieser hatte nämlich den Vorgang beobachtet. S. wird aber verhaftet und erhält



zwei Wochen Gefängnis — die acht Monate von früher wird er nun wohl abtun müssen.

## Der Einbrecher und die Handtasche.

Einbrecher: der ältere ein Klempner — ist es wenigstens einmal gewesen — hat bereits drei Vorstrafen wegen schweren Einbruchs; der jüngere, ein 22jähriger, ist mit einer Strafe von vier Wochen wegen Diebstahls belastet. Auf diese steht eine Bewährungsfrist. Der ältere, reichlich mit Einbrecherwerkzeug ausgestattet — er meint allerdings: „was ein richtiger Einbrecher ist, hat ganz anderes Werkzeug“ —, versucht gemeinsam mit dem Jüngeren einen Laden aufzubrechen, erlückt aber die Stachur des Wächters und tritt zurück. Beide werden bemerkt und festgenommen. Der ältere erhält eine ziemlich milde Strafe — neun Monate Gefängnis —, der jüngere eine um so härtere — vier Monate. Das Einbruchswerkzeug mit samt der Handtasche, in der es aufbewahrt war, wird beschlagnahmt. Der Angeklagte bekennt sich für die neun Monate, bittet jedoch, ihm die Handtasche zurückzugeben, denn sonst hätte er nichts, worin er seine Parfümeriewaren, mit denen er nach dem Verlassen des Gefängnisses zu handeln beabsichtigt, herumtragen könnte. Die Handtasche wird beschlagnahmt. Was der 22jährige vor der Bekanntschaft mit dem älteren getrieben hat, ob er Eltern besitzt, weshalb er, der früher Polier ist, Diebstähle begeht, danach fragt der Richter nicht, das interessiert ihn nicht — ebenso wenig, daß der noch junge Mensch nach dem Verlassen des Gefängnisses, von keiner Seite gestützt, wohl weitere Diebstähle begehen wird und so bis an feines Lebens Ende.

Gerichtlicher Kleinram vor dem Amtsrichter. Verhaftet, vorgeführt, abgeurteilt. Wieviel menschliches Leid liegt hier verborgen! Menschen, die durch Kleinigkeiten aus dem Gleise geworfen wurden, Menschen, denen keine Hilfe wurde und die von selbst keine

Kraft zur Umkehr fanden, ziehen in schier endloser Folge vorüber. Das Schicksal des einzelnen geht unter in dem der Menge und die Getriebemaschine arbeitet weiter. . . .

## Die Beihilfe der Stadt zum Wohnungsbau.

Was kann damit geleistet werden? Den Beschluß der Berliner Stadtdirektorenversammlung, aus dem für 1924 zu erwartenden Ueberschuß des Stadthaushaltes fünf Millionen Mark zur Unterstützung des Wohnungsbaues herzugeben, dürften alle Wohnungsuchenden mit Beifall begrüßt haben. Die bald nach Ausbruch des Krieges erzwungene Stilllegung der gesamten Wohnungsbautätigkeit und die bei Kriegesende aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch sich ergebenden außerordentlichen Schwierigkeiten, die Wohnungsbautätigkeit wieder in Gang zu setzen, haben uns einen drückenden Wohnungsmangel gebracht. Zur gänzlichen Ausfüllung der klaffenden Lücken, die der Krieg hier gerissen hat, sind — das wissen wir — andere Mittel erforderlich als die fünf Millionen, die jetzt aus dem Stadtsäckel zur Verfügung gestellt werden können. Aber auch das Wenige, das sich mit fünf Millionen schaffen läßt, ist ein erfreulicher Beitrag zur Vinderung des Wohnungsmangels.

In welchem Umfange diese von der Stadt gewährte Hilfe dem Wohnungsbau fördern kann, darüber hat einem unserer Mitarbeiter der Stadtrat Genosse Wulff, der Dezernent für das Wohnungswesen und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wohnungsfürsorgegesellschaft, einige Auskünfte gegeben. Für die Verwendung werden Richtlinien aufgestellt, über deren Festlegung demnächst der Magistrat beraten und beschließen wird. Sie bedürfen dann noch der Zustimmung des Aufsichtsrates der Wohnungsfürsorgegesellschaft, die mit der Ausführung dieser Funktion betraut ist. Beihilfen aus den fünf Millionen der Stadt können für die bereits genehmigten Bauvorhaben, die durch Hypotheken aus der Hauszinssteuer ermöglicht wurden, nicht mehr in Betracht kommen. Diese noch der Ausführung harrenden Bauvorhaben, an denen der Flachbau mit nur 30 Proz., der Hochbau mit 70 Proz. beteiligt ist, werden rund 6700 neue Wohnungen geschaffen. Bei den neuen Bauvorhaben, denen die Hilfsaktion der Stadt zugute kommen soll, kann man die Baukosten einer Wohnung von durchschnittlicher Größe auf 12000 Mark schätzen. Da der höchstzulässige Beitrag der Hauszinssteuerhypothek für solche Wohnungen sich auf 7000 Mark beläuft, so bleiben noch 5000 Mark, die gedeckt werden müssen. Wenn mit der von der Stadt beizutragenden Hypothek bis zu 90 Proz. der Baukosten, also bis etwa 11000 Mark, gegungen wird, so ist diese Hypothek auf 4000 Mark zu bemessen und 1000 Mark muß dann der Bauende noch anderweitig beschaffen. Bei einer Hypothek von 4000 Mark je Wohnung könnte man mit 5 Millionen Mark die Herstellung von 1250 neuen Wohnungen ermöglichen. Die noch fehlenden 1000 Mark je Wohnung werden für viele Kauflustige leider unerschwinglich sein, sie können aber von gemeinnützigen Baugesellschaften und Baugenossenschaften, die für die Unternehmung von Bauvorhaben besonders in Frage kommen, leichter aufgebracht werden. Die Finanzierung der neuen Bauvorhaben soll so beschleunigt werden, daß bei Ausgang des Winters alles zum Baubeginn fertig sein kann. Wenn der Winter nicht allzu hart ist und vielleicht schon im Februar die Ausschachtungsarbeiten möglich werden, könnten die neuen Wohnungen bereits im Juli oder August bezugsfertig dastehen.

Zur Vinderung des Wohnungsmangels tragen auch Maßregeln bei, die dem Verfall älterer Häuser und Wohnungen vorbeugen. Wenn man an der einen Stelle neue Wohnungen baut und an anderen Stellen ältere Wohnungen durch Vermehrung unbewohnbar werden läßt, so kann das Ergebnis das sein, daß die Gesamtzahl der Wohnungen trotz aller Aufwendungen nicht nennenswert zunimmt und vielleicht sogar weiter abnimmt. Schon die jetzige Höhe der Mieten ermöglicht es einem Hauseigentümer, sein Haus vollständig wieder in Ordnung zu bringen, falls er es nicht gar zu sehr heruntergerichtet hat. Bei manchen Häusern wird aber eine gründliche Instandsetzung nur möglich sein, wenn man dem Eigentümer hierzu einen besonderen Kredit gewährt, der gar nicht von langer Dauer zu sein braucht. Mit 4000 Mark, die, wenn sie zu der Hauszinssteuerhypothek von 7000 Mark kommen, den Neubau einer Wohnung ermöglichen, kann man eine beträchtliche Zahl arg vernachlässigter Wohnungen vor gänzlichem Verfall bewahren. Es wäre zu wünschen, daß auch für solche Zwecke eine gewisse Summe bereitgestellt werden könnte.

## Der Mittelweg.

„Mir geht es auch wieder sehr gut, danke,“ war Joyces kühle Antwort. Dann streifte ihr Blick O'Brien, der sich bei ihrem Eintritt erhoben hatte. „Wilst du mich nicht vorstellen?“ fragte sie Susan. „Dennis O'Brien, mein Gatte,“ sagte Susan sehr ruhig. „O, welche Ueberraschung! Herzlichen Glückwunsch für euch beide. Das kam ein bißchen plöblich, wie?“ Sie sah in Bertrams Lehnhstuhl, gähnte leicht und hatte die schlanken weißen Arme hinter ihrem „Bubentopf“ verschränkt. „Eine Zigarette, Bertram!“ Bertram gab sie ihr, zündete sie an und murmelte etwas von später Stunde und Schlafenszeit. Er hatte wohl bemerkt, daß Joyce O'Brien nicht die Hand gegeben hatte, denn wie oft hatte sie ihm lachend gesagt, sie hätte alle Irländer, mit Ausnahme der Halbirländer, wie er einer war! Nun ahnte er, daß Joyce nicht zu Bett gehen würde, ehe Susan und Dennis fort wären. Und Dennis ging doch nicht. Es mußte irgendeine Erklärung gegeben werden, und ohne erregte Szene würde es nicht abgehen. Eine halbe Stunde später war es so weit. Nachdem Bertram und Susan sich vergeblich bemüht hatten, eine lebhaft Konversation zu unterhalten, während O'Brien finster schweigend dabei saß, und Joyce immer ungenierter gähnte, Fragen stellte, deren Antworten sie nicht abwartete, sprang sie plötzlich auf und rekte und streckte sich. „Habt ihr eigentlich keine eigene Wohnung? Ich will gewiß nicht ungenießbar erscheinen, Susan, aber ich finde, du und dein neu erworbener Gatte, ihr solltet nach Hause gehen. Bertram und ich pflegen nämlich manchmal auch zu schlafen.“ Eine Pause, dann antwortete Bertram: „O'Brien bleibt hier. Er wird hier auf dem Sofa schlafen.“ Wieder eine Pause. „Tut mir leid,“ sagte Joyce endlich, „aber das erlaube ich nicht.“ „Warum nicht?“ Jetzt kam's zum Ausbruch, das wußte Bertram. „Es ist gegen die Abmachung mit meinen Dienstboten,“ war die sehr ruhig gegebene Antwort. Dann aber sagte sie etwas, was auf ihre Kenntnis des Grundes dieses Befehles schließen ließ: „Außerdem soll mein Haus kein Zufluchtsort für irische Rebellen sein. Ich bin Engländerin und handle danach!“ So, nun war die Szene da. Bertram entschloß sich zu einer aufrichtigen Erklärung, Joyce hatte ein Recht darauf

„Sieh mal, Joyce, O'Brien ist Sulans Mann, und die Polizei ist hinter ihm her. Meine Ansicht über Sinnfein kennst du doch — aber ich habe mein Wort gegeben. O'Brien bleibt heute nacht hier.“ „Er bleibt nicht hier,“ entschied Joyce. „Dies ist mein Haus. Wenn dieser Mann in zwei Minuten noch hier ist, telephoniere ich an die Polizei.“ Damit eilte sie zum Schreibtisch und ergriff das Telephon. Bertram folgte ihr, verzweifelt in sie hineinredend, daß er sein Wort gegeben hätte. Er verstand ja auch Joyces Standpunkt, teilte ihn sogar. Diese Sinnfein-Geschichte war verbrecherischer Wahnsinn. Aber O'Brien war sein Kriegskamerad gewesen, und jetzt war er Sulans Mann. Das mußte sie doch begreifen! Sein eigener Schwager war in Lebensgefahr, und es stand doch nicht in ihrem Ehrentod, einen Verfolgten auszuliefern, Einen Verbrecher? Er wußte es nicht, O'Brien hatte ihm nichts gesagt, und Bertram hatte auch nicht gefragt. Aber auf das alles kam es hier ja gar nicht an. „Ich habe mein Wort gegeben, Joyce. Meine Ehre steht auf dem Spiel!“ „Und meine Ehre?“ fragte Joyce ruhig und hart. „Der Name meines Vaters? Unsere Ehrenhaftigkeit gegen England?“ Sie wandte sich wieder an O'Brien, das Telephon noch in der Hand. „Gehen Sie noch nicht? Die Zeit ist um.“ Dennis O'Brien lächelte ihr zu, seine irischen Augen huldigten ihrer Schönheit, als sie feindlich vor ihm stand. Solange Bertram in sie hineingeredet hatte, war dieses Lächeln nicht von seinen Lippen gewichen, als ob dieses Hin- und Herreden zwischen seinem Schwager und dieser Engländerin ihn belustigte. „Ich gehe schon,“ sagte er, „machen Sie sich nur keine Sorgen. Was soll man auch von englischen Frauen anderes erwarten? Die würden einen verhungerten Hund von der Tür jagen.“ „Tolle Hunde sogar mit der Peitsche,“ war Joyces Antwort. Da aber fuhr Susan wütend dazwischen. „Joyce, du bist nichtswürdig! Kein Wunder, daß Bertram die Hölle im Hause hat. Ich möchte noch erleben, daß die Volksgewisn mit deinem „Bubentopf“ und deinem weißen Hals ihr Spiel trieben.“ Joyce nahm das Telephon wieder auf und sprach hinein: „Polizeistation, bitte.“ „Nein!“ donnerte Bertram. Er ergriff Joyce beim Handgelenk und riß es vom Telephon los, sich seiner Heftigkeit wohl bewußt.

„Joyce, ich verbiete es dir! Ich gab mein Wort. Das wirst du doch noch respektieren? Du sollst es respektieren bei Gott! Wenn du das Telephon noch einmal anrührst, dann trage ich dich die Treppe hinauf.“ Joyce sah ihm in die Augen und erwiderte seinen durchdringenden Blick. Sie sah den großen Jörn in seinen Augen und sah, daß er entschlossen war, seine Körperkraft zu gebrauchen. „Ich weiche der Gewalt. Drei gegen eine, und alle Feinde.“ Sie lachte schrill auf, nahm ihren Pelzmantel und ging hinaus. Sie hörten ihren leichten Schritt auf der Treppe und das Zuschlagen ihrer Schlafzimmertür. „Armer Bertram,“ sagte Susan, sich die Augen trocknend. „Bild wandte er sich ihr zu. „Wie unterstehst du dich, so von Joyce zu sprechen? Sie hatte vollständig recht, abgesehen von meinem verpfändeten Wort. Wenn O'Brien den Rebellen spielen will, so soll er es auf seine eigene Gefahr tun und nicht in englische Häuser kriechen, um sich da zu verstecken.“ Susan erblaßte. „Auch du, Brutus?“ fragte sie leise. Sie flüsterte Dennis O'Brien etwas zu. „Jawohl, gehen wir. Gute Nacht, Pollard.“ Bertram antwortete nicht. Er regte sich nicht, wie er so auf dem Kaminsteppich stand und finster ins Feuer starrte, als seine Schwester und ihr irischer Gatte aus dem Zimmer gingen und einen Augenblick darauf das Haus verlassen hatten, wie er an dem leisen Zufallen der Haustür hörte. So stand er wohl eine halbe Stunde noch und seufzte schließlich wieder auf: „Wie schwer ist das alles!“ Dann stieg er zu Joyces Zimmer hinauf, fand es verschlossen und erhielt auch keine Antwort auf sein Klopfen. In elender Stimmung schlich er in sein eigenes Bett. 12. Joyces Benehmen nach der mitternächtlichen Szene mit Susan und Dennis war für Bertram geradezu verblüffend. Er hatte einen peinlichen Streit über den Gegenstand erwartet, der vom Unpersönlichen zum Persönlichen überging, was zwischen zwei Ehegatten, beide von heftigem Temperament, immer gefährlich ist. Aber Joyce wollte nichts über die Sache hören. Sie war den nächsten Tag spät aufgestanden und mit verbundenem Handgelenk zum Lunch gekommen. Er erkundigte sich, weshalb sie den Arm verbunden hatte, und erhielt die Antwort: „Du hast mir beim Telephon beinahe den Arm gebrochen. Vielleicht bist du dir über deine eigene Gewalttätigkeit selbst nicht klar.“ (Fortsetzung folgt.)

Ein Rentnerheim für Neukölln.

Der Verwaltungsbezirk Neukölln hat keine Wohlfahrtsinstitutionen um eine neue vermehrt. Am Samstag wurde in der Saalwirtschaft 'Karlsgarten' ein Tagesheim für Rentner...

An der letzten Eröffnungsfest beteiligten sich Mitglieder des Bezirksamtes und der Wohlfahrtsverwaltung. Vertreterinnen der Rentnerorganisation, des Rotdienstes der Frauen...

Der falsche Abt.

Als sie 'den Braten' rochen.

Einen ungewöhnlichen Gaunerstreich versuchte am 13. v. M. in Breslau ein bisher noch unbekannter Mann. Bei dem Provinzialamt der Barnherzigen Brüder erschien ein älterer, glattrasierter Mann in Priesterkleidung mit allen Abzeichen eines Abtes, Ring, Schärpe und Brustkreuz...

Abriß der Blumenhalle am Potsdamer Bahnhof.

Die alte Blumenhalle am Potsdamer Hauptbahnhof, deren Geschichte hier wiederholt behandelt wurde, hat gestern ihre Wurzeln für immer gelöst. Mit dem Abriß ist bereits begonnen worden...

Abbau im Bezirk Zehlendorf.

Die Bezirksversammlung in Zehlendorf hat jetzt zum drittenmal in derselben Angelegenheit den gleichen Beschluß gefaßt, und die Sechslange geht jetzt an den Beschwerdeausschuß beim Kammergericht...

Öffentl. Wähler-Versammlungen

Mittwoch, 5. November, abends 7 1/2 Uhr: Friedrichshain: Königsbank, Große Frankfurter Str. 117. Baumschulenweg: Anzeiger Baumschulenstraße. Tagesordnung: 'Nieder mit dem Bürgerloß! Es lebe die Sozialdemokratie!'...

Heute, Dienstag, den 4. November:

93. Abt. Marienfelde. Heute Ganztagesbesprechung für den Osten: Dr. Bremer, Landvolk-Bezirker für den Westen; für den Osten: Dr. 95. Abt. Neukölln. Ganztagesbesprechung am Freitag in Empfang nehmen...

Genosse Paul Weber, der besonders in Kreisen der Mariendorfer Parteigenossen gut bekannt war...

Genosse Paul Weber, der besonders in Kreisen der Mariendorfer Parteigenossen gut bekannt war, ist vor einigen Tagen nach einem langen Leiden gestorben. Weber trat schon in jungen Jahren der Partei bei...

Gefährdung des Halbaner Mörders.

Aus Glogau wird noch folgendes über die Halbaner Mordtat berichtet: Am Sonnabend hat der einzige Inasse des Gefängnisses...

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 4. November. Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.30-6.15 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.20 Uhr abends: Ratschläge fürs Haus...

Heinze, eingekerkert, die Tat ausgeführt zu haben. Der Inhaftierte hat vor einiger Zeit bei dem Justizwachmeister um die Hand seiner Tochter angehalten...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an den Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten. Arbeiterwohlfahrt. Die für heute angelegte Sitzung der Genossen aus dem Frauenrotblau...

Heute, Dienstag, den 4. November:

93. Abt. Marienfelde. Heute Ganztagesbesprechung für den Osten: Dr. Bremer, Landvolk-Bezirker für den Westen; für den Osten: Dr. 95. Abt. Neukölln. Ganztagesbesprechung am Freitag in Empfang nehmen...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

93. Abt. Marienfelde. Am Sonnabend, den 1. November, nachmittags, verstarb unter langwieriger Parteilieder, der Schwertgenosse Konrad Krause...

Jugendveranstaltungen.

Abteilungsverfammlungen. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Waidhof, Lokal von Rasthof, Sumpffeldstraße 71. - Jean-Paulier Biererei, Tietze Straße 48...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Rebellenabstimmungsbund. Neukölln, Aula der Knabenmittelschule, Sonnabend, Vortrag von Dr. med. Rudi Bernke am 5. November: 'Berliner Arbeiterbewegung'...

Ray-Seife advertisement featuring an illustration of a rooster and the brand name 'Ray-Seife' in a stylized font. Text describes the soap's benefits for skin and hair.



(55 033) männliche und 27 477 (27 512) weibliche Personen. Unter-  
 stützung bezogen 24 750 (25 824) männliche und 5468 (5399) weib-  
 liche, insgesamt 30 218 (31 223) Personen. Die Zahl der zu gemein-  
 nützigen Pflichtarbeiten Ueberweisungen betrug 1202 gegen 1284 der  
 Vorwoche.

Für die Landwirtschaft ist der Bedarf an Arbeitskräften  
 infolge der teilweise beendeten Hackfruchtperiode zurückgegangen. In  
 der Metallindustrie ist weiterhin eine verhältnismäßig gute  
 Vermittlungstätigkeit vorherrschend geblieben. Nach wie vor ge-  
 sucht blieben in der Hauptstadt Elektromonteur, Küchlermeister  
 und weibliche Arbeitskräfte. Das Spinnstoffgewerbe weist  
 für die Strickerei und Kürschnerei einen guten Beschäftigungsgrad  
 auf. Es fehlt an perfekten Maschinenstrickerinnen und Sachnäherin-  
 nen. Auch die Zellstoff- und Papierherstellung und  
 -verarbeitung weist weiterhin gut aufnahmefähig. In der  
 Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe sind Tape-  
 zierer und Wagensattler gut beschäftigt. In den anderen Branchen  
 ist ein geringes Nachlassen in der Anforderung von Arbeitskräften  
 zu bemerken. Fast alle Branchen des Holz- und Schnitzstoffgewer-  
 bes weisen eine weitere langsame Besserung der Lage auf. Im  
 Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hatte in der  
 Hauptstadt die Schokoladen- und Tabakbranche neuwertigen Bedar-  
 f an Arbeitskräften. Nach Brauerei ist die Nachfrage sehr zurück-  
 gegangen. Im Vertriebsleistungsgewerbe hielt die Besserung an.

Deutsche Schuhhölle — für englische Kapitalinteressen. Die  
 Deutsche Boragvereinerung, in der neun der größten Boragprodu-  
 zenten zusammengeschlossen sind, versucht für Borag einen Ein-  
 fuhrzoll von 5 Goldmark zu erwirken. Die Deutsche Borag-  
 vereinerung ist vom englischen Boragindustriell vollkommen abhängig;  
 sie verlangt von dem genannten englischen Trust weiterhin zoll-  
 freie Einfuhr des Rohmaterials, während der Preis  
 für fertigen Borag um 5 Mark erhöht werden soll. Die deut-  
 schen Boragerzeuger haben sich ferner dem englischen Trust gegen-  
 über verpflichtet, die Hälfte des Ueberpreises abzu-  
 liefern. Das würde für das englische Syndikat (wenn man den

Durchschnitt des Monatskontingents zur Berechnung heranzieht)  
 einen Gewinn von etwa 270000 Goldmark bedeuten.  
 Mit anderen Worten: dieser Einfuhrzoll hätte einen größeren Ge-  
 winn der englischen und deutschen Boragproduzenten auf Kosten  
 der deutschen Konsumenten zur Folge. Man kann wohl  
 erwarten, daß die maßgebenden Instanzen, die kein Interesse daran  
 haben können, den deutschen Boragerzeugern und dem englischen  
 Syndikat Ertragsgewinne auf Kosten der Verbraucher zu vermitteln,  
 diese ungeheuerliche Forderung entschieden ablehnen werden.

Keine Gefahr für die Kartoffelversorgung. Gegenüber den  
 zahlreichen Kritiken, die über ungenügende Kartoffelver-  
 sorgung, insbesondere des Bestens, veröffentlicht werden, weist  
 der Einheitsverband des deutschen Kartoffelhandels darauf hin, daß  
 der deutsche Kartoffelhandel die Marktfrage wesentlich anders be-  
 urteilt. Es wird dort ausgeführt, daß das Ruhrkohlengebiet, wie  
 überhaupt der ganze Westen, in Kartoffeln erstickt und daß  
 man in München noch nie so viel Waggons mit Kartoffeln erblickt  
 habe wie in diesen Tagen. Die Zufuhren seien weit über die  
 Aufnahmefähigkeit der Verbrauchermärkte hinausgegangen.  
 Auch andere Nachrichten bestätigen, daß Kartoffeln in erheblicher  
 Menge am Markt sind.

Deutsche Kohlen für Argentinien. Vor kurzem ist ein Vertrag  
 mit Argentinien zustande gekommen über die Lieferung von 175000  
 Tonnen Steinkohlen für die argentinischen Elektrizitätswerke,  
 die bisher ständig aus den Bergwerken in Südwesten geliefert  
 werden. Neben ansehnlichen Aufträgen seitens Italiens und Ar-  
 gentiniens macht die Nachfrage nach deutschen Kohlen auch in  
 anderen südamerikanischen Staaten immer größere Fortschritte.

Amerikanische Kapitalanlagen. Der riesige Kapitalreichtum der  
 Vereinigten Staaten erlaubt es dem amerikanischen Kapital, außer-  
 ordentlich große Kapitalanlagen vorzunehmen. Seit 1921 bis  
 Mitte 1924 hat das amerikanische Kapital die ungeheure Summe  
 von 17 Milliarden Dollar für verschiedene Zwecke angelegt.  
 Die Summen der Anlagen steigern sich von Jahr zu Jahr; sie be-

trugen 1921 4, 1922 und 1923 je 5 Milliarden, im laufenden Jahre  
 werden sie über 6 Milliarden betragen. Bei einem Rational-  
 einkommen, das jährlich auf über 70 Milliarden geschätzt werden  
 kann, können diese Riesenziffern nicht wundernehmen. Indessen  
 bleibt der überwiegend größte Teil der Anlagen in den  
 Vereinigten Staaten selbst. Von 17 Milliarden sind nur 1 Milliarde  
 im Ausland, Südamerika, Kanada, Asien und Europa, angelegt  
 worden. In den Vereinigten Staaten selbst wurden in 3 1/2 Jahren  
 11 Milliarden für Eisenbahnen und Industriegesellschaften, 4 Mil-  
 liarden für Staats- und Gemeindefinanzen, öffentliche Arbeiten usw.,  
 1 Milliarde zu landwirtschaftlichen Kreditzwecken angelegt. Die ins  
 Ausland verliehenen Kapitalien verteilten sich folgendermaßen:

	1921	1922	1923	1924
	(6 Monate)			
	in Millionen Dollar			
Für ausländische Regierungen . . .	379	431	242	330
Für ausländische Industrien . . .	15	81	24	19

Europa erhält nur einen Teil dieser Kapitalien.

Der Baumwollverbrauch der Welt. Die halbjährliche Baumwoll-  
 statistik für die erste Hälfte 1924 ist vom Internationalen Baumwoll-  
 verband vor kurzem veröffentlicht worden. Im ganzen Verbrauchs-  
 jahr 1923/24 war der Verbrauch um Leinwand 2 Millionen Ballen  
 geringer als ein Jahr zuvor; er betrug 20 1/2 Millionen. Der Ver-  
 brauchsrückgang beträgt also zehnteil ein Zehntel. Im letzten Halbjahr  
 entfiel aber der Rückgang nicht auf Europa, sondern auf die über-  
 seeischen Länder. Die Vereinigten Staaten verbrauchten eine halbe  
 Million Ballen weniger als im ersten Halbjahr. Auch ist der Ver-  
 brauch Indiens wesentlich zurückgegangen. Demgegenüber ist der  
 europäische Verbrauch aber Veränderungen eingetreten. Erhöht  
 der gleiche geblieben wie in der ersten. Innerhalb der einzelnen  
 europäischen Länder sind aber Veränderungen eingetreten. Erhöht  
 hat sich die Kurzarbeit in der Baumwollindustrie in England,  
 Spanien, Polen, Holland, Finnland und Dänemark. Zurückgegangen  
 ist sie in der Tschechoslowakei, Belgien und Schweden. Die inter-  
 nationale Statistik enthält keine Angaben über Deutschland.

Ansteckungsgefahren promptly entriemt,  
 wer bei sich führt **Formamin**  
 das altbewährte, wuchsfördernde Mund- und Rachendesinfizient.  
 Erhältlich in Apotheken und Drogerien.  
 Proben und Prospektoren kostenlos durch  
 Bauer & Cie., Berlin SW 48, Friedrichstraße 281

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
 Opernhaus  
 8U.: Die Meistersing.  
 von Nürnberg  
 Opernhaus  
 am Königsplatz  
 7U.: Der Waffenschmid  
 Schauspielhaus  
 7 1/2 U.: Peer Gynt  
 Schiller-Theater  
 7 1/2 U.: Fuhrmann  
 Henschel  
 Volksbühne  
 7 1/2 U.: Der arme  
 Konrad  
 Deutsch-Theater  
 7 1/2 Uhr:  
 Die heilige  
 Johanna  
 von Bernard Shaw  
 Regie: M. Reinhardt  
 Kammerspiele  
 8 Uhr:  
 Die tote Tante  
 und andere  
 Begebenheiten  
 Die Komödie  
 Serfuchmann 206/207  
 8 Uhr:  
 Der Diener  
 zweier Herren  
 von Carlo Goldoni  
 Regie: M. Reinhardt  
 Theater i. d. Hauptstr. 8  
 8 Uhr:  
 Der Mann ohne Moral  
 Th. a. Nollendorp  
 7.30: Die Geliebte  
 Sr. Hohel  
 mit Fritz Massary  
 Komödienhaus  
 8 Uhr: Karussell  
 Berliner Theater  
 7.30 Uhr:  
 Der süde Kavaller

**KOMISCHE OPER**  
 Direction: James Klein  
 8 Uhr Abendlich 8 Uhr  
**GRÖSSTE REVUE**  
**ALLER ZEITEN**  
**„Das hat die Welt noch nicht gesehn“**  
 Darsteller:  
 Bruno Kastner  
 Paul Westemeier  
 Hugo Flink  
 Stegfried Berich  
 Elise Berno  
 Hanna Gorina  
 Lotte Werkmeister  
 Miss Nielsen

**SCALA**  
 Tägl. 8 Uhr:  
**Groek**  
 und  
**11 Stars**  
 bilden eine  
**Varieté-Revue**

**Sensations-Bilder**  
**Legende vom Nil**  
 (Balliet unter Wasser)  
**Perlenballett**  
 (mit lebendem Diadem)  
**Straußfedernballett**  
**Riesenspielzeug**  
 (90 Zwerge und Knaben)  
**Zillebilder**  
**Unter einem Frauenrock**  
**Spiegel-Ballett**  
 Auftreten der  
**fabelhaftesten span. Tänzer**  
**Vorverkauf ununterbrochen**

**Circus Busch**  
 Tägl. 7 1/2, 8, 9, 10 Uhr  
**Neue Sensation**  
**RIBSEN-KROKODILE**  
**Der Kampf um Wasser**  
 (ein großer Krokodil  
 kann mit schwimmen)  
**Auto-Rennen in der Luft!!**  
 Die berühmte Ikarier  
 Bendair-Truppe  
 Abends 8 Uhr:  
**Wasserschaustück**  
**Carmen**  
 (mit noch mehr  
 Volkstüm. Pr.)  
 Th. i. Kommand. Str.  
 Täglich 8 Uhr:  
 Der neueste Schläger  
 von Hugo Hirsch  
**Wenn man ver-  
 liebt ist . . .**  
 mit Molly Wessely  
 Siegfried Arno  
 Pr. d. Plätze 1-8 M.  
 Philharmonie  
 8 Uhr:  
**Sinfonie-Konz.**  
 des Philharm. Orch.  
 Dirig: Prof. R. Hagel  
 (Orch. — Schiller; Val-  
 ker. — Schiller)

**Apollo-Theater**  
 8 Uhr Theater 8 Uhr  
 Direction: James Klein  
**Die erste große Revue-Posse**  
**Das lachende Berlin**  
**Paul Beckers a. G.**  
**Senta Söneland**  
**Eise Balzer-Lichtenstein usw.**  
 Unter anderem:  
**Die lebende Schreibmaschine**  
**Das Massen-Himmelsbett**  
**Die Wembley-Ausstellung**  
**Parkett 2.50**

**Was fehlt in Ihrem Küchenschrank?**



Man kann sich heutzutage keinen Küchenschrank denken ohne Feinkostmargarine „Schwan im Blauband!“ Es gibt wohl keine Margarine, die sich zur Verwendung beim Kochen, Braten und Backen so glänzend bewährt hat, wie sie. In jedem Küchenschrank ist deshalb „Schwan im Blauband“ zu finden.

Sie kostet in der bekannten Packung 50 Pf. das Halbpfund

**Schwan im Blauband** frisch gekirnt

7 1/2 Uhr Große Volksoper 7 1/2 Uhr  
**Samson u. Dalila**  
 Kleines Theat.  
 8 1/2 Uhr 1. und 2. Teil:  
**Tilla Durieux in**  
**Ein idealer Gatte**  
 Mittw. 7: Premiere  
**Tilla Durieux in**  
**Die Heilige im Haus**  
 Mittw. 4 Uhr kl. Pr.:  
**Schneewittchen**  
**Residenz-Theater**  
 Dir.: Fel. Meinhardt  
 8 Uhr:  
**Die vier Schlaumeier**  
 Mus. v. W. W. Goetze  
 Sonnab. 4 U. kl. Pr.:  
**Hänsel u. Gretel**  
**Trianon-Th.**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Soloff**  
 Erika Gläbner,  
 Jul. Falkenstein  
 u. Ferd. Bonn  
 Th. i. d. Gem.-Turnhalle  
 Weidensee, Pflanzstr. 21  
 Sonnab. abds. 7 1/2 Uhr  
 W. Heiden-Heinrich  
**Die Abenteuerin**  
 Operette von Grzyb  
 Preis: 50 Pf. b. 2 M

**WALHALLA**  
 am Rosenthaler Tor.  
**Kolossal-Programm!**  
 Schulleiter Schumann mit 3 Pferden  
 Salerno / 7 Elliott - Savonas  
 Lüpp und Habel / Ludw. Amann  
 und weitere 8 Sensationen!  
 Anf. 8 Uhr. Kleine Preise! 0,40-3,-

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Mittwoch nachm. 4 U.  
 Gr. Zaubermärchen  
**Rotkäppchen**  
 Das die wirtl. Sonntag  
**Die Zauberbrille**  
 Preise ab 60 Pfennig  
**Rose-Theater**  
 Dir.: B. Rose  
 7 1/2 Uhr:  
**Glaube u. Heimat**  
**WINTERTHEATRE**  
**Varieté-Spielplan**  
 Rauschen gestattet!

**Danksagung.**  
 Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei  
 dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes,  
 meines einzigen Bruders legen wir der  
 Firma Riss, Bettliner Straße 27, dem  
 Bestatter und den Arbeitern unsern innig-  
 sten Dank.  
 Berlin-Kriedersdahnstr.,  
 Charlottenstr. 27.  
 Karl Franzke und Frau  
 Olga Franzke als Schwäger.

**Achtung! Achtung!**  
**Buchdrucker-Hilfspersonal!**  
 Das Berliner Buchdrucker-Hilfspersonal  
 hat sich den Sorgen der Gehilfen be-  
 züglich Herabsetzung und Kündigung zum  
 nächsten Jahrestag (Freitag, 7. November)  
 angeschlossen.  
 Alles Nähere Donnerstag, den 6. No-  
 vember 1924, nachm. 4 1/2 Uhr, in der  
**Funktionär-Verammlung**  
 Gemeindefestsaal (S. 1), Engelstr. 24/25  
 Der Ortsvorstand. J. G. Otto Stöck.

**Reichshallen-Theat.**  
 Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
 (haben halbe Fr. u. voll. Kostüme)  
**Dönhoff-Brettl.** Herrlich!  
 Anf. 7 1/2. Populäre Preise  
**Landparzellen**  
 (Inoffiziell, vorerst Faltentee d. Spanbau,  
 10 Min. vom Bahnhof in herrlicher Lage,  
 v. allem Dauerwald umgeben, guter Boden,  
 zum Teil m. Wirtschaftskellern, geringe  
 Anschaffungen, langjährige Rentezahlungen)  
 Buchholz, NO 18, Ruppelstr. 19.  
**Casino-Theater**  
 Lichtenberg Str. 27 Tägl. 8 Uhr  
 Neut.  
**Satan Weib!**  
 Berliner Volkstheater in 5 Bildern  
 Berliner Komiker, Berliner Typen  
 Vorher: Bunter Teil  
 Volkstüm. Preise

**Oefen**  
 Eiserne Oefen  
 Kacheloefen  
 Kochherde  
**R. Zechlin**  
 BERLIN C.  
 Alexanderpl. 49  
**Der gute Kapitän-Kautabak**  
 ist das meiste Drogen-  
 geschäftes erhältlich  
**C. Röcker, Berlin**  
 Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861  
**Pianos, Flügel**  
 erstklassig, prelowert.  
**Römhildt,**  
 Potsdamer Str. 126.

**Seiterwagen**  
 u. alle ander. Trans-  
 portverträge liefert  
 billigst.  
 Großer Vorrat.  
**Georg Wagner**  
 Köpenicker Str. 71.  
 Tel. 140000.  
 Keine Schaufenster-  
 Reklame! Auswärtigen  
 billiger Preise

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
**Achtung! BSMJ-Funktionäre!**  
 Die Vereinbarung über Regelung der  
 Tarifhöhe für Klasse IV und V und weitere  
 Bestimmungen, gültig ab 27. Oktober 1924,  
 ist im Verbandshaus, Zimmer 30, bis 4 Uhr,  
 von 4-7 Uhr, außer Sonntagen, im  
 Zimmer 4 zusätzlich zu haben.  
 Der Schriftleiter wegen muß jeder  
 Funktionär im Besitz derselben sein.  
**Achtung! Zilleure Achtung!**  
**Mittwoch, den 6. November, nach-**  
**mittags 5 Uhr, im Lokal von**  
**Kedding, Wasserstr. 11.**  
**Verammlung**  
 Die Ortsverwaltung.

Die Hauszinssteuer.

Die Stellung der Sozialdemokratie im preussischen Landtag. Von Frih Tejess.

In den Städten wirkt sich die Hauszinssteuer in den allermeisten Fällen als Zuschlag zur Miete aus. Denn die übergroße Mehrzahl der städtischen Bevölkerung wohnt in Mietwohnungen und zahlt die Steuer je nach der Höhe der Friedensmiete. Selbstverständlich ist dieser Maßstab denkbar unsozial. Denn der Inhaber einer 1500-M.-Wohnung zahlt nur fünfmal soviel als der Dreihundertmarkmieter, obwohl er viel mehr zahlen könnte. Die Hauszinssteuer steigt zwar mit der Friedensmiete, doch nicht proportional. Da der Staat heute 24 Proz. der Friedensmiete als Hauszinssteuer erhebt, so belastet diese staatliche Steuer den Dreihundertmarkmieter mit 6 M. monatlich, was beim Arbeiterhaushalt eine schwerwiegende Rolle spielt, während der Wohlhabende in der 1500-M.-Wohnung die monatliche Belastung von 30 M. kaum spürt.

Doch dies ist noch nicht einmal das Unsozialste an dieser Steuer. Viel furchtbarer ist, daß sie den Ernährer einer großen Familie viel schwerer trifft als das kindertote Ehepaar! Denn selbstverständlich brauchen acht Köpfe mehr Wohnraum als zwei, und da die Mieten mit der Größe der Wohnung steigen, so hat der Vater von sechs Kindern zu den erhöhten, heute überaus schwer zu tragenden Ernährungs- und Heizungskosten noch eine erhöhte Steuer zu tragen. Der Staat, der selbstverständlich stets von Bevölkerungspolitik spricht, strast also die kinderreichen Familien.

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie sich gegen eine solche Raubsteuer an Volke mit den schärfsten Mitteln gewandt hat. Die Hauszinssteuer, die heute in Preußen erhoben wird, ist veranlaßt durch die 3. Reichssteuerreformverordnung vom 14. Februar 1924. Dieser Verordnung galt unser Kampf. Sofort nach ihrem Erscheinen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem sie die Aufhebung dieser Steuer verlangt. Doch das paßte den bürgerlichen Parteien nicht. Sie verstanden es, tausend andere Dinge wichtiger zu finden und vor lauter Regierungsfußhandel kam die Hauszinssteuer weder im vorletzten noch im letzten Reichstag zur Verhandlung. Es wird nicht zumindest von den Wahlen am 7. Dezember abhängen, ob dieses System der Außerachtlassung wichtigster Volksinteressen im nächsten Jahre fortgesetzt werden wird.

Nun hat aber nicht etwa die Regierung des Herrn Marx die Erhebung der Hauszinssteuer angeordnet, um den Finanzbedarf des Reiches zu decken! Nein! Das Reich hat ungeheure Aufwendungen, die ihm nach dem Kriege aus dem sozialen Elend erwachsen, auf die Länder abgewälzt, ihnen aber zur Deckung dieser Ausgaben großmütig die unsozialste aller Steuern, die Hauszinssteuer, überlassen.

Preußen stand also vor der gefährlichen Situation, daß es vom Reich verpflichtet wurde, die Hauszinssteuer zu erheben, und diese Steuer auch erheben mußte, da auf andere Weise das Defizit im Haushalt des preussischen Staates nicht zu decken war, nachdem fast die gesamte Wohlfahrtspflege auf Preußens Schultern ruhte. Das preussische Defizit, das durch die Hauszinssteuer gedeckt werden mußte und auch gedeckt worden ist, betrug ungefähr 180 Goldmillionen, der Gesamt-ertrag der Hauszinssteuer wird jedoch heute mit 480 Millionen berechnet, also mit 300 Millionen mehr! Von diesen 300 Millionen werden aber nicht weniger als 229 Millionen der Neubautätigkeit zugeführt werden. Nur der Rest von 71 Millionen geht zur Deckung des Finanzbedarfs der Gemeinden.

Die sozialdemokratische Fraktion im preussischen Landtag stand durch die Steuerpolitik des Herrn Luther vor der furchtbaren Alternative, entweder die Hauszinssteuer zu schenken oder demselben Staate, in dem die Sozialdemokratie Regierungspartei ist, die Mittel zum Leben zu verweigern. Wenn die Sozialdemokraten die Hauszinssteuer von vornherein abgelehnt hätten, hätte das den Sturz der preussischen Regierung, den Sturz Severings, den Fall des stärksten republikanischen Bollwerks im Deutschen Reiche bedeutet. Die sozialdemokratische Fraktion sah in voller Einmütigkeit auch dieser Möglichkeit ins Auge und weiß, wie die Entwicklung gelaufen wäre, wenn eine Ablehnung der Hauszinssteuer durch die preussische Landtagsfraktion die Erhöhung der Mieten hätte verhindern können! Leider bestand aber diese Möglichkeit nicht!

Die Bestrebungen auf Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft sind bekannt. Die Deutschnationalen haben im preussischen Landtag nicht etwa gegen die Hauszinssteuer gestimmt, weil sie ihnen zu unsozial war, sondern weil sie vermeiden wollten, daß dem Staate zugute kommt, was sie den Hausbesitzern vorbehalten wollten. Es bestand daher die Bewußtheit, daß eine Ablehnung der Hauszinssteuer durch die sozialdemokratische Landtagsfraktion die Erhöhung der Mieten nicht verhindern, uns aber um jeden Einfluß in der preussischen Regierung bringen würde.

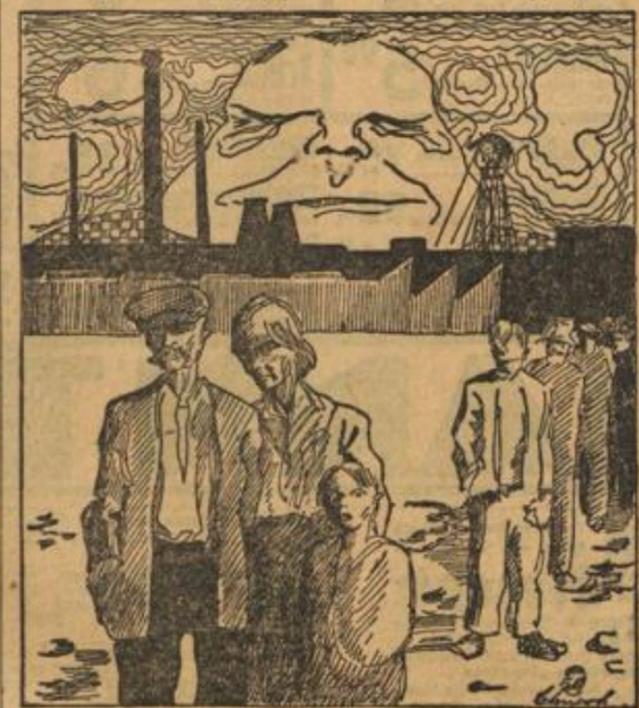
In Würdigung dieser Verhältnisse beschloß die sozialdemokratische Landtagsfraktion, der Hauszinssteuer ihre Zustimmung zu geben, um die erhöhten Mieten gegen den Zugriff der Hausbesitzer zu sichern, jedoch darüber hinaus Kräfte einzusetzen, um möglichst große Teile des Ertrages der Hauszinssteuer für den Neubau der Wohnungen bereitzustellen.

Ursprünglich hatte der preussische Finanzminister, der Volksparteiler Dr. Richter, dem Neubau 80 Millionen zuzuführen wollen. Den ununterbrochenen Anstrengungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gelang es in ähmem Kampf, den Betrag für den Wohnungsbau von 80 Millionen auf 229 Millionen zu erhöhen. Damit ist für die Bautätigkeit allein in Preußen für ein Jahr ein größerer Betrag zur Verfügung gestellt, als er vom Reich in der ganzen Zeit der bisherigen Wohnungsnot zur Verfügung gestellt worden ist. Welche Leistung an produktiver Erwerbslosenfürsorge in diesen 229 Millionen steckt, kann sich jeder an seinen fünf Fingern ausrechnen!

Allerdings, die letzten 45 Millionen, die in diesen 229 Millionen stecken, waren eine harte Nut! Das Steuerprivileg der deutschen Landwirtschaft ist bekannt. Die Veranlagungsmethoden und die Einschätzung für die Steuern, die von der Landwirtschaft erhoben werden, stehen in so tristem Geesensatz zu der Strenge, mit der gegen die städtische und ländliche Grund- und Bodenbesitzende Bevölkerung vorgegangen wird, daß die Klagen darüber nicht verstummen werden, solange dieses Unrecht besteht. Doch den Landwirten ist noch viel mehr an Bevorzugung zugebilligt worden! Deutschnationale und Zentrum

sehten es durch, daß in der 1. Preussischen Steuernotverordnung, die am 1. April 1924 in Kraft trat, Hausbesitz, der mit einem ländlichen Betrieb verbunden ist, von der Bezahlung der Hauszinssteuer befreit wurde. So kam es zu der empörenden Ungerechtigkeit, daß in den Landgemeinden der Besitzer eines kleinen Eigenheims unter Umständen einen ganzen Wochenlohn zur Bezahlung der Monatsrate der Hauszinssteuer aufwenden muß, während der Großgrundbesitzer dem Staate nicht einen Pfennig an Hauszinssteuer abführt. Gegen diesen Skandal lief die sozialdemokratische Landtagsfraktion Sturm, und es gelang ihr auch, in der 3. Steuernotverordnung durchzusetzen, daß dieses Steuerrecht vom 1. Oktober an fällt. Mitten in diesen Erfolg der Sozialdemokraten tönte aber das Hillegeschrei der Landwirte, die mit Rücksicht auf die angeblich so schlechte Ernte forderten, daß den Agrariern, trotz der 3. Steuernotverordnung, die Hauszinssteuer auch fernerhin in der Form einer Stundung erlassen werde. Und tatsächlich gelang es dem Landbund, sämtliche bürgerlichen Par-

Volks-gemeinschaft, wie sie sie auffassen.



„Selbstverständlich sind wir für Volksgemeinschaft — so weit sie sich mit dem Recht des Herrn im eigenen Hause verträglich!“

teien durch übertriebene Nachrichten von einer Erntekatastrophe kopfscheu zu machen und für seine Forderung nach Stundung zu gewinnen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion sah sich damit um ihren Erfolg betrogen, eine Mehrheit hatte sie nicht, doch ihr blieb die Möglichkeit, Gegenleistungen zu verlangen. Und so kam es, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion dem Steuerrecht, das sie nicht hindern konnte, ihre Zustimmung gab, gegen die Zusicherung, daß zu den bis dahin vorgesehenen 184 Millionen noch weitere 45 Millionen der Neubautätigkeit zugeführt werden. Damit hatte unsere Fraktion erreicht, was überhaupt zu erreichen war.

Selbstverständlich befriedigt uns diese Gesamtlösung nicht! So wie vor dem Kriege steht die Sozialdemokratie auch heute noch in schärfstem Widerspruch gegen jede Steuerbemessung nach der Wohnungsmiete. Daß wir die Hauszinssteuer in Preußen nach dem Kriege nicht verhindern konnten, liegt an den Machtverhältnissen, diese zu ändern ist Aufgabe des 7. Dezember.

Deutschbewußter Brotwucher.

Der antisemitisch-schwarzjüdisch-deutschvolksparteiliche schwarzweißrote Reichslandbund.

Der Reichslandbund veröffentlicht einen Wahlaufruf. Es ist — nach dem Muster der Partei Halb und Halb — Nummer zwei. Nummer eins war ein Aufruf des Vorstands, Nummer zwei ein Aufruf von Bundesvorstand und Vertreterversammlung. Nummer eins war das Bekenntnis zum Brotwucher, Nummer zwei ist der dreiste Versuch, darüber hinaus die ganze Landbevölkerung für die Reaktion und die deutschnationale Phrase in Anspruch zu nehmen.

Der Aufruf zeigt, was der Reichslandbund ist: eine politische Filiale der Deutschnationalen. Politisch tritt der Aufruf für den schwarzweißroten Bürgerblock ein.

Die Neuwahlen am 7. Dezember 1924 sollen uns allen Winterzügen der Linksparteien und ihres Reichspräsidenten zum Trost, die Regierung der nationalen und christlichen Volksgemeinschaft bringen. Wir brauchen im neuen Reichstag eine ausschlaggebende deutschbewußte Mehrheit als sichere

Grundlage einer deutschbewußten Regierung. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn das deutsche Volk sich nicht zersplittert, sondern geschlossen ohne Hader, Rörgeln und Schwanken zusammenschließt und keine Stimme nur solchen Parteien und Persönlichkeiten gibt, die offen kämpfen unter unseren alten Farben Schwarz-Weiß-Rot!

Deutschbewußt — das ist das neue Wort für jene Haltung, die die Landbündler gegenüber den Dawes-Befehlen bewiesen. Vor dem 29. August faßten sie eine Resolution nach der anderen gegen die Verklaffung durch das „zweite Versailles“ — am 29. August stimmten 13 Landbündler im Reichstag für den „Schandvertrag“. Deutschbewußte Regierung heißt Regierung unter der Führung der Fraktion Halb und Halb.

Abgesehen vom Willen zum Brotwucher enthält der Aufruf in wirtschaftlicher Hinsicht nur antisemitische Agitationsphrasen:

„Das deutsche Volk will nicht das Stiefkind der Politik sein in einem international geführten Staate. Das Begehren des Volkswills ist unlösbar verbunden mit dem Gesamtwohl des deutschen Volkes. Nicht die Bestrebungen des internationalen Welthandels und die Ziele einer alljährlich geleiteten Weltwirtschaft sollen künftig in Deutschland ausschlaggebend sein, sondern auf blühendem aufnahmefähigen Binnenmarkt und auf geschützter Eigenproduktion soll sich das staatliche und wirtschaftliche Leben aufbauen. Den Interessen weniger großer Exportfirmen darf nicht die Existenz von Millionen bodenständiger Deutschen zum Opfer gebracht werden.“

Geschützte Eigenproduktion heißt Brotwucher, Ausschaltung von der Weltwirtschaft, Arbeitslosigkeit und Hunger von vielen Millionen Industriearbeitern. Ueber die großen wirtschaftlichen Probleme des deutschen Lebens geht der Aufruf mit ein paar antisemitischen Schlagworten hinweg. Das Geschick der deutschen Industriebevölkerung ist den Leuten vom Reichslandbund gleichgültig. Mag sie verhungern, wenn nur der Profit der Großagrarien geschützt ist.

Dieser dumm-reaktionäre, engstirnige Klassenstandpunkt gegen die Industriebevölkerung, dies brutale Aussprechen des Pfeifens auf das Gemeinwohl des Volkes, das diese Leute schon im Kriege in einer an Landesverrat grenzenden Weise betätigten, geht unter der Firma: Deutschbewußt, Deutschbewußter Brotwucher, deutschbewußter Klassenkampf gegen die Industriebevölkerung!

Aber natürlich heißt es am Schluß: „Gegen Internationale und Klassenkampf! Für nationale und christliche Volksgemeinschaft! Deutschbewußte Führung unter Schwarz-Weiß-Rot! Das ist die Lösung für das deutsche Volk!“

Gegen Klassenkampf — aber für Bewucherung der Arbeiterbevölkerung. Für christliche und nationale Volksgemeinschaft — aber für Aushungerung der Industriebevölkerung. Christentum — aber Brotwucher. Das ist: deutschbewußt.

Der Präsident des Reichslandbundes ist Herr Hepp, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei. Diese Partei kann alles: warum soll sie nicht auch im Reichslandbund deutschnationale Geschäfte besorgen?

Wie die Führung, so die Partei.

Ein Porträt Stresemanns.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Herr Dr. Koch, hat den demokratischen Parteitag in Berlin zu einer gründlichen Abrechnung mit der Deutschen Volkspartei und ihrem Führer Stresemann benutz. Er zeichnete folgendes Porträt von Herrn Stresemann:

„Es muß einmal gesagt werden, daß die Grundlosigkeit und Wankelmütigkeit des Herrn Dr. Stresemann einen großen Teil der Schuld daran trägt, daß Deutschland seit dem Jahre 1917 von Katastrophe zu Katastrophe geführt wurde. Seine Wankelmütigkeit hat 1917 den Reichskanzler Bethmann gestürzt, ohne daß ein geeigneter Nachfolger vorhanden war. Vor der Revolution hat er sich dem Parlamentarismus bekant; nach der Revolution war er Gegner des Parlamentarismus, um dann wieder auf die parlamentarische Linie einzuschwenken. Vor einem Jahr war er gegen die Aufnahme der Deutschnationalen, jetzt ist er für die Aufnahme, nachdem sein Kopf nicht mehr verlangt wird. Es ist die Schuld Stresemanns, wenn die innere Befundung um Jahre verzögert worden ist. Mag er sich hüten, daß nicht durch seine Schuld für das Gebiet der äußeren Politik dasselbe gilt.“

Das Porträt ist richtig, und wie der Führer, so die Partei. Die Volkspartei, die ihre Ideologie auf die nationalliberale Untertanen- und Hurrageinnung des deutschen Spießbürgers aufbaut, um mit seiner Hilfe die Geschäfte der Schwerindustrie zu besorgen, ist der Krebschaden der deutschen Politik.

Von dem alten Nationalliberalismus hat sie die Gefinnungslosigkeit, die Wankelmütigkeit, die Unzuverlässigkeit bei allgemein reaktionärer Stimmung, von der Schwerindustrie die brutale reaktionäre Unternehmerrageinnung in allen sozialen Fragen.

Keine politische Krise in Deutschland, bei der nicht die Volkspartei zum Schaden der deutschen Entwicklung eingegriffen hätte. Dieser Wahlstampf zeigt sie als den Vortrupp der Deutschnationalen. Auch ihr gilt die Abrechnung am 7. Dezember.

Darf man?

Klassenkampf und Smoling.

Darf ein Klassenkämpfer im Smoling der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen? Diese Frage bewegte uns, als wir am Donnerstagabend einen Blick auf die Reihen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion warfen. Strahlend leuchtete die Glähe des revolutionären Klassenkämpfers, des Glodenräubers und Hausheben Rintors. In wunderbarer Einfonie stimmte das leuchtende Haupt zu dem blütenweiß gestärkten Frachend über der revolutionären Männerbrust. Nach der letzten Wade geschritten sah der elegante Smoling nicht weniger schlecht, als wenn der eleganteste Lauengienjüngling aus Berlin W. ihn getragen hätte. Darf ein revolutionärer Klassenkämpfer einen Smoling tragen? Wir wagen diese Frage mit Ja zu beantworten. Wir wagen das um so mehr, als Rintors ja schließlich nur in den Spuren größerer Geister wandelt. Ihm schwebte wohl Alexandra Kollontai vor, die intime Gesandtin Einowjews am Hofe des norwegischen Königs.

Nr. 1.

Das Kreuz gehört ins erste Feld!

Am 7. Dezember wird wieder mit dem amtlichen Einheitsstimmzettel gewählt. Die Reihenfolge der Parteien auf dem Einheitsstimmzettel ist in allen Wahlkreisen gleichmäßig. Die Ordnung erfolgt nach der Stärke der Parteien bei der letzten Reichstagswahl. Der Reichsrat hat die Vorlage des Reichsministers des Innern über den Einheitsstimmzettel angenommen.

Der Wahlvorschlagn der Sozialdemokratischen Partei steht auf dem Stimmzettel für die Reichstagswahl überall an erster Stelle.

Am 7. Dezember heißt deshalb die Padoke: überall das Kreuz ins erste Feld, wählt Liste 1, die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

